



**Parlamentssitzung 11. Februar 2008**

**Protokoll**

Aula Schule Hessgut (Liebefeld)  
19.00 – 22.50 Uhr

<b>Vorsitz</b>	Martin Graber (SP), Parlamentspräsident	
<b>Anwesend</b>	Peter Antenen (FDP) Alfred Arm (SP) Christian Balz (FDP) Annemarie Berlinger-Staub (SP) Bernhard Bichsel (jfk) Markus Bont (EVP) Evelyn Bühler (FDP) Christian Burren (parteilos) Ignaz Caminada (CVP) Claudia Egli-Steiner (SP) Heinz Engi (FDP) Liz Fischli (Grüne) Hermann Gysel (EVP) Harald Henggi (FDP) Thomas Herren (FDP) Niklaus Hofer (SVP) Hanspeter Kohler (FDP) Daniel Krebs (SVP) Valentin Lagger (CVP)	Stefan Lehmann (SVP) Anna Mäder (SP) Urs Maibach (Grüne) Hans Moser (SVP) Daniel Oester (jfk) Hansueli Pestalozzi (Grüne) Jan Remund (Grüne) Christian Roth (SP) Elisabeth Rügsegger (SVP) Christoph Salzmann (SP) Rita Sidler Omoregbee (SP) Ueli Salvisberg (SVP) Hugo Staub (SP) Stephie Staub-Muheim (SP) Mark Stucki (FDP) Elsbeth Troxler (SP) Ursula Wyss (Grüne) Rolf Zwahlen (EVP)
<b>Entschuldigt</b>	Brigitta Matter (SD)	Markus Stähli (FDP)
<b>Gemeinderat</b>	Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident Urs Wilk (FDP), Vizepräsident Judith Ackermann (FDP) Rita Haudenschild (Grüne)	Katrin Sedlmayer (SP) Marianne Streiff (EVP) Ueli Studer (SVP)
<b>Sekretär:</b>	Markus Heinzer	
<b>Protokoll:</b>	Ruth Spahr	

## Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll vom 10. Dezember 2007.....	13
2. Protokoll vom 11. Januar 2008 .....	14
3. Wahl der Kommission für soziale Fragen KSF .....	14
4. Kultur-Konzept Gemeinde Köniz (Fortsetzung vom 11. Januar 2008; Traktandum 4).....	14
5. KSF-Bilanzbericht (verschoben vom 10. Dezember 2007; Traktandum 8) .....	17
6. Grundwasserfassungen Selhofen-Zopf und Sensematt: Online- Überwachung der Trinkwasserqualität .....	20
7. 0518 Motion (jfk) "Ganzheitliches Marketing der Gemeinde" (verschoben vom 11. Januar 2008; Traktandum 5).....	23
8. 0722 Anfrage (SVP) "Zustandsliste und Sanierungspriorisierung der Gemeindeliegenschaften und -strassen" (verschoben vom 11. Januar 2008; Traktandum 6).....	24
9. 0504 Motion (Wyss, LdU) "Köniz Innerorts" .....	24
10. 0520 Motion (jfk) "Parkkarte für Gewerbetreibende der Stadt und Region Bern" .....	26
11. 0716 Motion (Grüne / jfk) "Reduktion des Energiebedarfs der Gemeinde um 20% bis 2022" .....	26
12. 0720 Postulat (SP) "Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Das Patchwork-Angebot an familienexterner Kinderbetreuung zu einem Ganzen zusammenfügen!" .....	33
13. 0723 Motion (SP) "Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an Könizer Schulen" .....	36
14. 0726 Interpellation (jfk) "Politische Bildung an Könizer Schulen" .....	38
15. 0728 Interpellation (SP) "Sozialinspektoren".....	38
16. Verschiedenes.....	39

## Begrüssung

**Parlamentspräsident Martin Graber:** Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur Parlaments-sitzung, die nach unserem Abstecher in die Vidmarhallen wieder in den uns bekannten Räumlichkeiten im Hessgut-Schulhaus stattfindet. Nach der jugendlichen Frische, die uns die Schülerband in die Vidmarhallen brachte, liegt es heute an uns, zülig, peppig und frisch aufzutreten. Oder wie der Auftritt der Schülerband N.I.D.B. in der "Berner Zeitung" beschrieben wurde: "Während die Parlamentsmitglieder gesittet zuhörten, liessen es sich die Schülerinnen und Schüler des berufsvorbereitenden Schuljahres nicht nehmen, zur Musik auch schon mal zu kreischen. Ein Lehrbeispiel für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, wie man sich für etwas begeistern lässt?" Ich freue mich besonders, Christian Burren persönlich zu seiner Wahl als II. Vizepräsident zu gratulieren. Schade, konntest du an der Sitzung vom 11. Januar 2008 krankheitshalber nicht dabei sein. Ich wünsche dir, Christian, alles Gute in deinem Amt und freue mich auf die Zusammenarbeit im Parlamentsbüro.

## Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 38 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

Die Unterlagen für die heutige Sitzung sind Ihnen am 17. Januar 2008 zugestellt worden. Das Protokoll der Sitzung vom 11. Januar 2008 haben Sie mit einem Nachversand in der letzten Woche erhalten. Per E-Mail ist der von Gemeinderat Ueli Studer versprochene Schlussbericht der Kulturkommission verschickt worden. Weiter haben Sie einen Fragebogen vom Institut für Politikwissenschaften der Universität Zürich erhalten; selbstverständlich ist das Ausfüllen freiwillig. Ich empfehle Ihnen jedoch, diese kurze Mühe auf sich zu nehmen.

Auf Ihren Pulten liegt das so genannte "Easy"-Abstimmungsbüchlein, das unter der Federführung von Christine Bühler, Co-Präsidentin des Könizer Jugendparlaments, erarbeitet wurde. Es soll die Jugendlichen befähigen und ermuntern, ihr Stimm- und Wahlrecht wahrzunehmen.

An der letzten Sitzung habe ich angekündigt, dass wir neu Sitzungspausen für Gespräche einschalten werden.

Ich habe den Parlamentssekretär gebeten, für eine kleine Zwischenverpflegung zu sorgen. Zusätzlich hat die Fraktion der Grünen einen Fruchtkorb gespendet; herzlichen Dank. Ich hoffe, dass Sie nach der Pause mit Energie und wachem Geist in den zweiten Teil der Sitzung starten können.

Im Auftrag des GPK-Präsidenten, Stefan Lehmann, gebe ich Ihnen die Zuteilung der GPK-Mitglieder auf die Direktionen bekannt:

	<b>HauptreferentIn</b>	<b>StellvertreterIn</b>
DPF (Luc Mentha, SP)	Valentin Lagger (CVP)	Stefan Lehmann (SVP)
DPV (KatrIn Sedlmayer, SP)	Stefan Lehmann (SVP)	Thomas Herren (FDP)
DBS (Ueli Studer, SVP)	Christoph Salzmänn (SP)	Bernhard Bichsel (jfk)
DBA (Judith Ackermann, FDP)	Stephie Staub (SP)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
DBE (Urs Wilk, FDP)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)	Valentin Lagger (CVP)
DSI (Marianne Streiff, EVP)	Thomas Herren (FDP)	Stephie Staub (SP)
DUL (Rita Haudenschild, Grüne)	Bernhard Bichsel (jfk)	Christoph Salzmänn (SP)

## Traktandenliste

Die Traktandenliste wird genehmigt.

### 1. Protokoll vom 10. Dezember 2007

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 10. Dezember 2007 wird ohne Änderungen und mit bestem Dank an die Verfasserin genehmigt.

## 2. Protokoll vom 11. Januar 2008

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 11. Januar 2008 wird ohne Änderungen und mit bestem Dank an die Verfasserin genehmigt.

## 3. Wahl der Kommission für soziale Fragen KSF

**Parlamentspräsident Martin Graber:** Für die Wahl der KSF-Mitglieder gilt der Proporzschlüssel der Parlamentswahlen vom November 2005. Wir haben die Fraktionen gebeten, ihre jeweiligen Nominierungen vorgängig bekanntzugeben.

---

### Wahl

Parlamentspräsident Martin Graber erklärt Alfred Arm (SP), Peter Antenen (FDP), Evelyn Bühler (FDP), Hans Moser (SVP), Christoph Salzmännli (SP), Ursula Wyss (Grüne), Rolf Zwahlen (EVP) als KSF-Mitglieder für die Jahre 2008 und 2009 als gewählt.

Parlamentspräsident Martin Graber erklärt Alfred Arm (SP) für die Jahre 2008 und 2009 als KSF-Präsident als gewählt.

---

## 4. Kultur-Konzept Gemeinde Köniz (Fortsetzung vom 11. Januar 2008; Traktandum 4) Kenntnisnahme; Direktion Bildung und Soziales

**Parlamentspräsident Martin Graber:** Wir führen die an der letzten Parlamentssitzung unterbrochene Beratung weiter. Zum Begriff "Kultur" habe ich ein passendes Zitat des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker gelesen: "Unsere Kultur ist gewachsen wie ein kräftiger und vielgestalteter Mischwald, er leistet seinen Beitrag zur lebensnotwendigen Frischluft." Das Kulturkonzept muss zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend zur Kenntnis genommen werden. Bericht und Beilagen werden nicht explizit kapitelweise durchgegangen.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Ich danke der Kultursekretärin Martha Häberli, der Verwaltung und dem Gemeinderat für die grosse Arbeit am Kulturkonzept. Gerade für eine Vorortsgemeinde wie Köniz, mit ihren vielen einzelnen Ortschaften, ist eine lebendige Kultur zentral. Sie dient der Identifikation und erhöht die Attraktivität und die Lebensqualität. Etwas überspitzt gesagt, macht erst Kultur aus einer gesichtslosen Schlafstadt eine lebendige Vorortsgemeinde. Der Bericht zeigt auf, dass in der Gemeinde Köniz bereits viel geht. Trotzdem soll in meinen Augen noch mehr für die Kultur getan werden.

Ich gehe auf einzelne Punkte des Konzepts ein: Wir Grünen erklären uns mit den Leitsätzen einverstanden. Besonders wichtig ist für uns die Förderung von jungen Talenten. Besonderes Gewicht soll auf soziokulturelle Bereiche gelegt werden. Kultur ist ein gutes Mittel zur Integration. Wir sind erfreut, dass sich der Gemeinderat entschlossen hat, das Schlossareal zu einem Kultur- und Begegnungszentrum auszubauen. Die grossen teuren, Entscheide werden in Zukunft aber noch viel zu diskutieren geben. Wir freuen uns aber bereits jetzt über die positive Entwicklung beim Rossstall. Allgemein gibt der Bericht eine gute Übersicht über die Aktivitäten. Es zeigt sich, dass die Könizer Kultur sehr vielfältig ist. Neben den Schwergewichten Musikschule, Mediotheken, Haberhuus, Vidmar, gibt es eine Vielzahl von Vereinen und Gruppen in allen Ortsteilen der Gemeinde. Uns ist aufgefallen, dass der "Strassweiber-Chor" aus Mittelhäusern nicht im Kulturkonzept aufgeführt ist. Die Gemeinde Köniz gibt – wenn der Bereich weit gefasst wird – jährlich rund 4,5 Millionen Franken aus. Das ist auf den ersten Blick viel Geld. Den grössten Teil davon erhält die RKK (Regionale Kulturkonferenz). Die Summe ist jedoch insgesamt gesehen gerechtfertigt, profitiert doch auch die Könizer Bevölkerung vom RKK-Angebot. Damit das Verhältnis zwischen der etablierten und der noch nicht etablierten Kultur etwas ausgeglichen werden kann, sollte unbedingt das Haberhuus ab 2012 in den RKK-Verteiler aufgenommen werden. In vielen Punkten stellt die Gemeinde Köniz im Vergleich zu anderen Gemeinden etwa dieselben Mittel für Kultur zur Verfügung; so z. B. für die Musikschule oder die Mediotheken. Im Bereich der individuellen Förderbeiträge auf Gesuch hin gibt die Gemeinde Köniz aber deutlich weniger Geld aus. Könizer Kulturschaffende sind somit gegenüber

anderen benachteiligt. Zudem sind auf dem Vidmarareal direkt und indirekt mehr Aktivitäten möglich und dementsprechend ergeben sich zwangsläufig mehr Anfragen für Förderbeiträge. Für uns Grüne ist im Minimum eine Verdoppelung von 60'000 auf 120'000 Franken angebracht. Wir können jedoch den vorgeschlagenen Weg des Gemeinderates nachvollziehen, zuerst die Geldverteilung zu analysieren und danach in einem zweiten Schritt allenfalls eine Beitragserhöhung ins Auge zu fassen. Dies soll aber möglichst rasch vorangehen. Die ersten Gesuche aus dem Vidmarareal sind bereits gestellt worden. Die "KulturLegi" ist eine gute Sache und die Gemeinde Köniz soll in unseren Augen eine Führungsrolle bei der Ausdehnung in die Agglomeration übernehmen.

Ich fasse zusammen: Der Bericht gibt eine gute Übersicht über die bestehenden Kulturaktivitäten. Dabei wurde das Gewicht etwas zu stark auf die Analyse gelegt und zu wenig auf die zukünftige Entwicklung, denn es hört genau dort auf, wo es wirklich spannend wird. In unseren Augen ist die Erhöhung der Förderbeiträge rasch möglichst an die Hand zu nehmen. Die Grünen nehmen zustimmend Kenntnis vom Kulturkonzept.

**Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (jfk):** Die FDP/jfk-Fraktion hat sich intensiv mit dem Kulturkonzept befasst. Ganz zu Beginn haben wir uns mit der Definition von Kultur auseinandergesetzt. Wir haben uns schliesslich dazu durchgerungen, dass wir uns auf den im Kulturkonzept erwähnten Begriff "Kunst, Wissenschaft und Bildung" abstützen. Wenn wir eine ehrliche Betrachtung vornehmen, stellen wir fest, dass es sich beim Kulturkonzept eigentlich um ein Kunstkonzept handelt, denn das vorliegende Buch ist eher eine Kunst-Bestandesaufnahme. Wir haben uns jedoch nicht nur mit Begriffen auseinandergesetzt, sondern auch mit dem Inhalt. Sehr positiv ist uns aufgefallen, dass die Gemeinde Köniz über ein sehr vielfältiges Kunstangebot verfügt. Es geht etwas, Köniz ist eine lebhaftere Gemeinde. Auch als sehr positiv haben wir eine erhöhte Transparenz festgestellt. Das vorliegende Dokument ist sehr umfassend und gefällt uns sehr gut. Dank der erhöhten Transparenz haben wir feststellen können, dass die Gemeinde Köniz bereits sehr viel Geld in die Kultur investiert, mindestens 3,5 Millionen Franken jährlich. Die FDP/jfk-Fraktion freut sich über Kultur, besonders über jene, die auf privater Basis, in Eigenverantwortung und aus eigenem Antrieb entsteht. Sehr negativ ist uns der Abschnitt über Neoliberalismus aufgefallen. Nicht nur, dass der Begriff in seiner ursprünglichen Definition völlig falsch verwendet wurde. Das Ziel von Kulturförderung soll nicht in erster Linie die Selbstverwirklichung der Kunstschaffenden sein, sondern staatlich geförderte Kultur soll der Gesellschaft einen Nutzen bringen. Auch die Geschlechterdebatte scheint uns einer modernen und eigenverantwortlichen Gesellschaft, wie wir Liberalen sie uns vorstellen, nicht wirklich zeitgemäss. Völlig unbestritten ist, dass Gesuche gleichberechtigt – unabhängig von Alter, Geschlecht, Rasse oder irgend anderen Zugehörigkeiten – behandelt werden müssen. Nicht zuletzt vermissen wir im Konzept, wie früher bereits angesprochen wurde, Visionen und eine Schwergewichtsbildung.

Zusammenfassend: Das Fundament ist gut, um sich über die künftige Entwicklung Gedanken zu machen. In dem Sinn danken wir herzlich für die geleistete Arbeit. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile nehmen wir Liberalen teilweise zustimmend Kenntnis vom Kulturkonzept.

**Fraktionssprecherin Elisabeth Rügsegger (SVP):** Im Namen der SVP-Fraktion danke ich für das vorliegende Kulturkonzept. Wir schätzen die grosse Arbeit, die dafür geleistet worden ist. Das Werk ist umfassend und eine Standortbestimmung, die die Kultur unserer vielfältigen Gemeinde gut widerspiegelt. Für uns dürfte die ländliche Kultur mit den verschiedenen Vereinen und Traditionen mehr Gewicht haben und dementsprechend besser gestützt werden. In den Vereinen werden – nebst anderem – auch Jugendarbeit und soziale Eingliederung unentgeltlich geleistet. Deshalb stehen wir auch hinter dem Leitsatz 7: "Die Gemeinde würdigt ehrenamtliche Arbeit im Kulturbereich." Hingegen haben wir etwas mehr Mühe mit dem Leitsatz 5 betreffend RKK-Beiträge. Wir kommen wahrscheinlich nicht darum herum, die RKK-Beiträge zu entrichten. Zusätzlich sollten wir jedoch nicht noch grosse Kulturbeiträge für die Vidmarhallen leisten. Wir wissen, dass der Gemeinderat daran arbeitet und hoffen, dass eine gute Lösung gefunden wird und unsere Gemeinde allenfalls auch in den Genuss von RKK-Beiträgen kommen könnte. Die SVP-Fraktion nimmt in diesem Sinn zustimmend Kenntnis vom Kulturkonzept.

**Fraktionssprecher Alfred Arm (SP):** Viel Richtiges und Wichtiges ist zum Kulturkonzept gesagt worden. Ich weise auf einige Punkte hin. Viele schöne Schlossanlagen im Kanton Bern stehen der Öffentlichkeit zur Verfügung. Das ist grundsätzlich auch beim Schloss Köniz der Fall.

Die Schlossanlage ist jedoch noch nicht so schön, zum Teil noch Baustelle, und es entsteht der Eindruck, es gehe im Kriechgang vorwärts. Mir ist aber bekannt, dass hinter den Kulissen viel gearbeitet und vorbereitet wird. Bis jetzt wurde rund eine halbe Million Franken ins Schloss investiert. Wir kommen jedoch nicht darum herum, in die Renovation der Pfrundschiür einige Millionen Franken zu investieren, damit auch im Winter Grossveranstaltungen stattfinden können. Gewisse Missverhältnisse bei den Beiträgen sind vorhanden: Für die RKK wird über eine Million Franken bereitgestellt, aber nur 60'000 Franken für Projekte von Kulturschaffenden auf Gesuch hin. Dieses Missverhältnis ist schädlich für die Kulturschaffenden in der Gemeinde Köniz, wenn wir bedenken, dass der Kanton hier häufig zusätzliche Beiträge leistet. Gewisse Institutionen werden in der Gemeinde Köniz zu Recht unter diversen Titeln und nicht nur unter dem Begriff "Kultur" gefördert und unterstützt: Das Haberhuus, die Villa Bernau, die Musikschulen, die Mediotheken, usw. Das ist gut so und daran soll nicht gerüttelt, sondern – wo nötig – eher moderat ausgebaut werden. Ich persönlich bin sehr gespannt, welche Dynamik in den Vidmarhallen entsteht, wo eher innovative, mutige Stücke für ein junges und urbanes Publikum aufgeführt werden. BeJazz ist in den Vidmarhallen beheimatet, ein Restaurant und ungefähr 30 Künstlerateliers sind vorhanden. Ich gehe davon aus, dass die Kultur im Schloss Köniz eine andere sein wird als in den Vidmarhallen. Es ist in meinem Augen wichtig, dass soziokulturelle Animation betrieben wird. Kunst im öffentlichen Raum hat eine grosse Bedeutung, wie z. B. "PlatzDasFest".

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zuerst danke ich herzlich für die gute und positive Aufnahme des ersten Könizer Kulturkonzepts. Über das Gelingen des Kapitels über den Neoliberalismus könnte ich heute Abend länger diskutieren. Ich verzichte darauf, stehe jedoch hinter dem Geschriebenen. Die Interpretation von Neoliberalismus, die ich im Internet gefunden habe, ist jedoch unheimlich breit und kam ich zur Überzeugung, dass es richtig ist, wenn man sagt, Neoliberalismus sei ein Phantom und es gebe keine Anhänger, sondern nur Kritiker. Diese Aussage lasse ich so im Raum stehen.

Tatsache ist: Wenn gespart werden muss, werden im Bereich Kultur jeweils relativ schnell Beiträge gestrichen. Ich bin der Meinung, dass es trotz solchen Streichungen möglich sein muss – z. B. in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – Kultur zu betreiben. Richtig ist auch, dass im Kulturkonzept betreffend Kosten wenig aufgeführt ist. Das ist vom Gemeinderat so gewollt, weil wir nicht zugleich mit der Verbindlicherklärung des Konzepts bereits Mittel sprechen wollten. Diese Mittel sollen im Zusammenhang mit dem IAFP und in der Folge daraus gesprochen werden. Das ist in den Augen des Gemeinderates der richtige Weg. Was in Bezug auf die Kosten für die Vidmarhallen auf uns zukommen wird, ist nicht bekannt. Die Kosten für die Vidmarhallen werden durch die RKK-Beiträge abgegolten. Aber in den Vidmarhallen werden Räume an Kulturschaffende vermietet, die ihrerseits stets auf der Suche nach Geldgebern sind und Gesuche für Beiträge bei der Standortgemeinde einreichen. Im Bereich Kultur wird nach Subsidiarität finanziert, d. h. wenn die Standortgemeinde keine Mittel zur Verfügung stellt, haben Kulturschaffende Mühe, zu Geld zu kommen.

Das Schlossareal: Ursprünglich wollten wir das Kulturkonzept zusammen mit dem Schlosskonzept vorlegen. Wir haben jedoch feststellen müssen, dass das Schlossareal viel komplexer ist. Das Schlosskonzept wird Ihnen zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt.

Von verschiedenen Votanten wurden die Beiträge für die Kulturförderung auf Gesuch hin erwähnt. Die Kommission, die das Konzept prüfte, hat bereits früh darauf aufmerksam, dass eine Verdoppelung dieser Beiträge notwendig sei. Im Rahmen des IAFP werden wir über dieses Thema debattieren müssen.

**Stephie Staub (SP):** Ich war Mitglied der Kulturkommission, die in Zusammenarbeit mit der Kultursekretärin Martha Häberli das vorliegende Kulturkonzept erarbeitet hat. Martha Häberli hat uns Kommissionsmitgliedern für die Bearbeitung des Kulturkonzepts umfangreiche Unterlagen gegeben. Die Zusammenarbeit in der Kommission war äusserst gut. Ich übergebe Martha Häberli einen so genannten Glücksbambus, der nun, zwei Wochen nach dem Kauf bereits viele Sprösslinge hervorgebracht hat. Ich wünsche mir, dass unsere Kultur ebenso vielfältig bleibt und das im Kulturkonzept enthaltene auch verwirklicht werden kann.

---

**Beschluss**

Das Parlament nimmt Kenntnis vom "Kultur-Konzept Gemeinde Köniz" des Gemeinderates.  
(abgegebene Stimmen: 23 zustimmend, 15 teilweise zustimmend, 0 ablehnend)

---

**5. KSF-Bilanzbericht** (verschoben vom 10. Dezember 2007; Traktandum 8)  
Kenntnisnahme; Kommission für soziale Fragen

**GPK-Referent Bernhard Bichsel (jfk):** In der GPK wurde sehr breit über den KSF-Bilanzbericht diskutiert. Schwergewichtig wurden Fragen über die Zukunft der KSF und deren Hauptaufgaben beraten. Die GPK empfiehlt dem Parlament – 1 Stimme zustimmend und 4 Stimmen teilweise zustimmend – vom Bilanzbericht der KSF Kenntnis zu nehmen.

**Fraktionssprecher Valentin Lagger (CVP):** Die CVP/EVP-Fraktion bedankt sich bei der KSF herzlich für den Tätigkeitsbericht sowie beim Gemeinderat für die Stellungnahme. Ich gehe auf einige Punkte ein und versuche die hoffentlich richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Zuerst zum politischen Controlling: Die Sicht der KSF ist vor dem Hintergrund des KSF-Reglements und vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte absolut überzeugend. Die KSF hat die Bereiche des Controllings definiert und ist sie angegangen. Diese Sicht ist aber leider stets rückwärts gerichtet. Der Begriff "Controlling" kann wie folgt definiert werden: In den meisten Fällen geht es darum, aufgrund von Erfahrungen eine spätere, allenfalls bessere, Strategie zu definieren und umzusetzen. Die strategische Sicht wird der KSF jedoch gar nicht erlaubt. Dies, weil sich der Gemeinderat auf den Standpunkt stellt, dass die strategischen Aufgaben in seiner Kompetenz liegen. Ein fataler Irrtum, mehr dazu aber später. Weiter kommen wir zu den Vorbereitungen der Geschäfte zuhanden der GPK: Ob diese Fachkommission in der jetzigen Zusammensetzung wirklich notwendig ist, vermag auch ich an dieser Stelle nicht abschliessend zu beurteilen. Immerhin ist die diesbezügliche Ansicht des Gemeinderates durchaus korrekt. Im Rahmen des IAFP wurde bewusst auf die Schaffung von Sachkommissionen verzichtet. Die KSF als Sachkommission stellt somit einen kleinen Einbruch in diese Logik dar. Weiter ist die KSF als Gesprächspartner der Verwaltung tätig. Inwieweit eine KSF beim Alterskonzept wirklich notwendig ist und inwieweit sie entscheidend mitwirken konnte, ist mir nicht bekannt. Die Bearbeitung von politisch aktuellen Themen ist unseres Erachtens die wichtigste Aufgabe der KSF. Dies darf sie aber leider nicht auf verbindliche Art und Weise tun.

Fazit: Die KSF ist unbedingt notwendig, wahrscheinlich aber nicht so, wie sie heute definiert ist. Der fatale Irrtum liegt – wie bereits erwähnt – in der Behauptung des Gemeinderates, das Sozialhilfegesetz schreibe vor, dass der Gemeinderat Sozialbehörde sei und nicht irgendeine Kommission. Das ist falsch. Art. 16 Abs. 3 des Sozialhilfegesetzes sagt klar: "Sofern die Gemeinde nichts anderes bestimmt, ist der Gemeinderat die Sozialbehörde." Die Gemeinde Köniz kann demnach eine Kommission einsetzen, die als Sozialbehörde amtiert. Erlauben Sie mir, den Sinn dieser Regelung kurz darzulegen: Der wichtigste Grundsatz ist, dass politisch brisante Bereiche breit abgestützt sein müssen, was nur erreicht wird, wenn möglichst viele Bevölkerungskreise mit einbezogen werden. Das heisst, dass die Verantwortung für Entscheide nicht nur bei der Exekutive, sondern auch bei der Bevölkerung oder bei der Legislative liegt. Die CVP/EVP-Fraktion wehrt sich seit langem gegen die Verschiebung der Kompetenzen in Richtung Exekutive, bzw. gegen die damit einhergehende Abschaffung von Kommissionen. Die Abschaffung von Kommissionen führt dazu, dass die Bevölkerung den Eindruck erhält, sie könne nicht mehr mitbestimmen. Erhält die Bevölkerung diesen Eindruck, besteht die grosse Gefahr von populistischen Überreaktionen. Das Könizer Parlament hat sich in diesem Bereich in letzter Zeit aus unserer Sicht sehr weise verhalten. Dazu drei Beispiele: Die Einbürgerungskommission wurde aufrechterhalten und sie nimmt in diesem Bereich eine wichtige demokratische Rolle wahr. Im Bereich der neuen Agglomerationsstrategie wird das Parlament hoffentlich auch eine Mitbestimmung einfordern. Auch wenn es "nur um die Finanzierung der fünf Kulturinstitutionen" geht, die nicht mehr von der Bevölkerung bestimmt werden kann, wird eben dieses Volk das Gefühl nicht los werden, dass "die da oben" tun, was sie wollen. Der Bereich Sozialhilfe ist in letzter Zeit mit grosser politischer Brisanz behaftet. Die Bevölkerung erwartet, dass Aufsicht und Kontrolle korrekt und unabhängig geführt werden. Wenn der Gemeinderat die Aufsicht über die operative Aufgabenerfüllung führt, was aus meiner Sicht logisch ist; ist es aus meiner Sicht

ebenfalls logisch, wenn das Parlament mithilfe einer Kommission die strategische Aufsicht führen kann.

Die KSF ist unbedingt notwendig. Sie muss jedoch mit anderen Kompetenzen ausgestattet werden. Wir werden dies mit parlamentarischen Instrumenten einfordern und hoffen dannzumal auf Ihre Unterstützung.

**Fraktionssprecherin Ursula Wyss (Grüne):** Die Grünen werden zustimmend Kenntnis vom Bilanzbericht der KSF nehmen. Weil der Auftrag an diese Kommission im Reglement nicht klar formuliert ist und sie über keine Kompetenzen verfügt, wie von Valentin Lager geschildert, ist die Arbeit für die KSF – deren Mitglied ich bin – nicht einfach. Zu Beginn der Kommissionsarbeit tat man sich schwer damit, was getan werden soll und muss. Im letzten Jahr wurde damit begonnen, konkretere Aufgaben zu stellen und man wagte sich an den schwammigen Begriff des "politischen Controllings". Was daraus entsteht, wird im laufenden Jahr ersichtlich. Aktuell sind wir Kommissionsmitglieder daran, Verwaltungsbesuche zu machen. Hier wäre es in meinen Augen schade, wenn der GPK-Vertreter der DBS dieselben Besuche nochmals durchführen würde. Das würde Doppelspurigkeiten bedeuten und hätte keinen Sinn. Ich erwarte, dass die GPK unsere jeweiligen Berichte aufnimmt. Der Gemeinderat hat mit seiner Einschätzung recht, dass es aus einer Gesamtsicht heraus nicht einzusehen sei, weshalb im Sozialbereich eine ständige Kommission vorhanden sei, für andere, ebenso wichtige Gebiete wie Finanzen, Planung, usw. jedoch keine. Der Schluss des Gemeinderates, dass gar keine Sachkommissionen notwendig seien, ist in meinen Augen aber etwas voreilig. Ich kann mich nicht daran erinnern, Sachkommissionen mit der Einführung des IAFP ausgeschlossen zu haben.

Richtig ist, dass Ende der Legislatur eine ganzheitliche Prüfung vorgenommen und dann generell über das Bedürfnis nach Sachkommissionen befunden werden soll. Bis dann wird mehr über die Anzahl Gemeinderäte und eine allfällige darauf abgestimmte Neu- oder Reorganisation der Verwaltung und der Direktionen bekannt sein.

Zum Schluss danke ich Gemeinderat Ueli Studer und seiner Verwaltung ganz herzlich für ihre Offenheit und Geduld. Sie haben uns KSF-Mitglieder jeweils ausführlich und geduldig über alles informiert, was wir wissen wollten. Bei wichtigen Themen, wie z. B. dem Alterskonzept, sind wir in den Meinungsbildungsprozess einbezogen worden.

**Fraktionssprecher Christian Burren (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt bestens für die Erarbeitung des Bilanzberichts der KSF. Wir haben uns darüber unterhalten, welche Funktion diese Kommission eigentlich hat und ob sie in Zukunft noch notwendig sein wird. Es handelt sich noch um die einzige Sachkommission und dies ausgerechnet in einer Direktion, wo vieles durch den Kanton vorbestimmt und kontrolliert ist. Wir sind zum Schluss gekommen, dass eine Auflösung zum heutigen Zeitpunkt nicht zur Diskussion steht, sehen aber, dass auf die nächste Legislatur hin die Notwendigkeit der KSF überprüft werden muss. Wir sind klar der Meinung, dass nicht mehr Kommissionen als unbedingt notwendig gebildet werden sollen. Dort, wo nötig, sollen jedoch keine Hemmungen bestehen, sie auch einzusetzen. Mit der Einführung des IAFP ist nicht vorgesehen, alle Sachkommissionen zu streichen. Auch wir sehen in gewissen Bereichen – Finanzen, Planung und Verkehr – durchaus die Notwendigkeit für die Einsetzung solcher Sachkommissionen. Wir werden uns in der SVP-Fraktion auf die nächste Legislatur hin mit diesen Fragen beschäftigen.

Die SVP-Fraktion nimmt teilweise zustimmend Kenntnis vom KSF-Bilanzbericht.

**Fraktionssprecherin Evelyn Bühler (FDP):** Als Mitglied der KSF stehe ich hinter dem Bericht und obwohl ich bei der Beschlussfassung nicht anwesend war, teile ich die Meinung, dass die Arbeit der Kommission weitergeführt und sie – wenigstens im Moment – nicht aufgelöst werden sollte. Ich und die FDP/jfk-Fraktion spüren jedoch eine gewisse Skepsis in der Antwort des Gemeinderates und diese teilen wir auch. Ich habe mich diesbezüglich bereits kritisch in der KSF geäußert. Die Frage, weshalb die Aufgaben im sozialen Bereich von einer parlamentarischen Kommission begleitet werden sollen, in andern Bereichen aber auf die Einsetzung solcher Kommissionen verzichtet wird, muss man sich schon stellen. Die KSF ist nicht mehr operativ tätig, sie behandelt keine Einzelfälle mehr, wie dies die Fürsorgekommission seinerzeit getan hat. Die Aufgabe ist heute eine ganz andere. Was ist denn genau die Aufgabe der KSF? Der letzte Satz im Punkt 3 der Antwort des Gemeinderates bringt es auf den Punkt: "Schliesslich gibt der Bericht keine wirklich schlüssige Antwort auf die Frage, worin denn das politische Controlling besteht." Wie im KSF-Bilanzbericht richtig dargelegt wird, hat die Kommission während der ersten



zwei Jahre versucht, sich in verschiedene Bereiche der Direktion DBS einzuarbeiten. Es war sehr interessant und sicher wichtig für ein besseres Verständnis der Abläufe. Hier haben Gemeinderat Ueli Studer und seine Kaderleute uns sehr offen und ausführlich über die Verwaltungstätigkeit berichtet. Sie haben auf unsere unzähligen Fragen während mehrerer Sitzungen immer versucht, möglichst befriedigende Antworten zu geben und Transparenz zu schaffen. Ich habe wirklich den Eindruck erhalten, dass sehr gute Arbeit geleistet wird und dass Gemeinderat Ueli Studer seine Direktion im Griff hat. Ist dies bereits eine Art politisches Controlling? Wie im KSF-Bilanzbericht auf Seite 3 steht, hat sich die Kommission im letzten Jahr sehr intensiv mit dem Begriff "politisches Controlling" auseinandergesetzt und schliesslich das weitere Vorgehen für die Zukunft festgelegt. Es ist nun wirklich zu hoffen, dass die KSF ihre Aufgaben wahrnimmt und bis zur nächsten Berichterstattung erklären kann, worin das politische Controlling besteht. Aus diesen Überlegungen heraus wird die FDP/jfk-Fraktion nur teilweise zustimmend vom KSF-Bilanzbericht Kenntnis nehmen.

**KSF-Präsident Alfred Arm (SP):** Danke für alles bisher Gesagte. Die Diskussion ist interessant. Die KSF sorgt nach meiner Meinung klar dafür, dass sich die Qualität der Diskussion im sozialen Bereich erhöht, vor allem in der GPK. Die Vordiskussionen in der KSF sind jeweils sehr wichtig. Sehr wichtig ist auch, dass auf aktuelle Themen Bezug genommen und diese mit Gemeinderat Ueli Studer oder mit den Abteilungsleitenden diskutiert werden können. Dieser Blick hinter die Kulissen ist sehr wichtig. Die Abläufe und Themen im sozialen Bereich sind alles andere als einfach.

Die KSF konnte sich mit interessanten Themen befassen: SKOS-Richtlinien, Alterspolitik, Alterskonzept, Jugendarbeitslosigkeit, Beschäftigungsprogramm Gastro. Mit der Kontrolle im sozialen Bereich haben wir uns besonders beschäftigt. Wir haben kritische Fragen gestellt und sind der Meinung, dass hier eine gute Balance zwischen zu viel und zu wenig Kontrolle gefunden wurde. Wir haben aufgrund des KSF-Reglements ein Modell für das politische Controlling entwickelt, das nun erprobt wird. Es soll eine Basis für die Verwaltungsbesuche und für den Verwaltungsbericht der GPK bilden. Im KSF-Bilanzbericht ist erwähnt, dass die Bilanz positiv ausfällt. Wir haben definiert, was für uns wichtig ist.

Trotz der positiven Bilanz der KSF habe ich die grundsätzlichen Überlegungen des Gemeinderates vertiefter geprüft. Diese sind in meinen Augen legitim und die Auswertung im Zusammenhang mit dem IAFP in zwei Jahren ist sinnvoll. Ich werde mich in die Diskussion, ob auf Sachkommissionen in Zukunft verzichtet werden kann, noch mehr einklinken. Ich persönlich habe meine Zweifel, lasse mich jedoch auch eines anderen belehren. Wir KSF-Mitglieder sind der Meinung, dass die Kommission für soziale Fragen fortgeführt werden soll, und wir bitten Sie, zustimmend vom Bilanzbericht der KSF Kenntnis zu nehmen.

**Valentin Lagger (CVP):** Die CVP/EVP-Fraktion fragt sich, von was genau hier Kenntnis genommen werden soll. Vom Bericht der KSF, vom Bericht des Gemeinderates oder von irgendetwas anderem? Wir sind froh um eine Antwort.

**Parlamentspräsident Martin Graber:** Ich habe bereits zu Anfang erwähnt, dass wir vom KSF-Bilanzbericht Kenntnis nehmen. Beim Bericht des Gemeinderates handelt es sich um eine Stellungnahme zum Bilanzbericht der KSF.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Im Gemeinderat haben wir vereinbart, dass ich die Stellungnahme des Gemeinderates zum KSF-Bericht abgebe und nicht der direkt betroffene Gemeinderat Ueli Studer. Wir halten fest, dass der Gemeinderat einstweilen für die Weiterführung der KSF ist und dass in diesem Sinn keine grundsätzliche Differenz vorliegt. Aber, und das wurde von Ihnen als Grundsatz positiv aufgenommen, es muss gesamtheitlich geprüft werden, ob der Sozialbereich eine Sonderstellung einnimmt und ob die KSF notwendig ist. Im Gemeinderat neigen wir eher dazu, bei der Schaffung von Kommissionen zurückhaltend vorzugehen. Man soll sich zu schlanken politischen Strukturen bekennen. Sonst kann die Gefahr entstehen, dass die GPK weitgehend um ihren Auftrag gebracht wird. Der Gemeinderat ist entschieden der Auffassung, dass das Sozialhilfegesetz, mit dem die strategische Komponente in der Sozialhilfe dem Gemeinderat als Exekutive zugewiesen wird, die richtige Lösung enthält. Ich erwähne noch, dass das Votum von Valentin Lagger, das auf einen Einflussverlust des Parlaments hinweist, aus der Sicht des Gemeinderates im Widerspruch zur Tatsache steht, dass die Arbeitslast des Parlaments in den letzten Jahren laufend zugenommen hat. Dies zeigen verschiedene

Auswertungen auf. Die Behauptung, dass Demokratie und Volksvertretung mit parlamentarischen Kommissionen besser gewährleistet seien, greift zu kurz, weil sowohl das Parlament wie auch der Gemeinderat durch Wahlen direktdemokratisch legitimiert sind. Schliesslich erwähne ich noch, dass die Einbürgerungskommission nicht über die Kompetenz des Einbürgerns verfügt, sondern eine Empfehlung bei der Analyse der Dossiers abgeben kann.

---

### **Beschluss**

Das Parlament nimmt Kenntnis vom Bilanzbericht der Kommission für soziale Fragen.  
(abgegebene Stimmen: 21 zustimmend, 17 teilweise zustimmend, 0 ablehnend)

---

## **6. Grundwasserfassungen Selhofen-Zopfen und Sensematt: Online-Überwachung der Trinkwasserqualität**

Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe

**Parlamentspräsident Martin Graber:** Bei diesem Geschäft werden wir nach der ordentlichen Beratung den Bericht des Gemeinderates kapitelweise beraten.

**GPK-Referent Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Zuerst danke ich der Direktion Gemeindebetriebe (DBE) für die ausführlich und sorgfältig ausgearbeitete Botschaft. Bei der Vorlage handelt es sich um die Überwachung der Trinkwasserqualität der zwei Grundwasserfassungen im Selhofen-Zopfen – zwischen dem Flughafen Belp und dem Auenwald beim Zusammenfluss zwischen Aare und Gürbe – und der Grundwasserfassung Sensematt bei Thörishaus. Diese Grundwasserfassungen versorgen rund 42'000 Personen mit Trinkwasser. Die Wasserversorgung gilt rechtlich als lebensmittelverarbeitender Betrieb und untersteht der entsprechenden Gesetzgebung. Unter anderem ist ein Verfahren zur ständigen Überwachung der spezifischen Gefahren gesetzlich vorgeschrieben. Mit den heutigen wöchentlichen Untersuchungen wird dies nicht erreicht. Die Risiken sind im Bericht erwähnt: Seit 1999 gab es mehrere Hochwassersituationen, wo Fremdwasser in Wasserfassungen eingedrungen ist. Auch der Standort in der Nähe des Flughafens Belp birgt Risiken. Infolge der Hochwasser wurden präventive Massnahmen ergriffen, wie z. B. bauliche Schutzmassnahmen sowie die Anschaffung einer mobilen Chlorieranlage. Trotzdem ist eine Online-Überwachung mit stündlichen Analysen wichtig für den Schutz der Bevölkerung. Die Wasserversorgung Köniz verfügt bereits über Erfahrung mit Online-Überwachungen. In den Quellen im Gummersloch, im Margel und Rolli in Niederscherli sind solche installiert. Der Verpflichtungskredit beinhaltet 7 Online-Messstellen. 3 Messstellen werden direkt in der Grundwasserfassung installiert. Wird durch diese spätestens nach einer Stunde ein Alarm ausgelöst, ist noch genügend Zeit vorhanden, die Pumpen zu schliessen, damit kein verschmutztes Wasser ins Trinkwassernetz gelangen kann. Wichtig ist auch die Installation von 4 zusätzlichen Online-Messstellen an den Vorwarnpunkten. Die Fliesszeit des Grundwassers von diesen Vorwarnpunkten bis zu den Fassungsbrunnen beträgt ungefähr 2 Tage. Damit bleibt beim Eintreffen einer Alarmmeldung genügend Zeit, um entsprechende Massnahmen einzuleiten.

Bei den beiden Grundwasserfassungen im Selhofen-Zopfen werden noch keine Messgeräte bei den Vorwarnpunkten installiert, weil die Erneuerung des Gebrauchswasserrechtes (kantonale Konzession) noch hängig ist. Die GPK-Mitglieder haben sich erkundigt: Die Konzession ist bereits 1999 abgelaufen. Die Gemeinde hat das entsprechende Dossier rechtzeitig eingereicht. Infolge verschiedener Einsprachen und des gross angelegten und breit abgestützten Hochwasserschutzes und des Auenrevitalisierungsprojekts musste die Gemeinde Köniz jedoch im Mai 2006 ein aktualisiertes Konzessionsdossier einreichen. Der Entscheid darüber wird dieses Jahr erwartet. Aber – das betonen wir – das Konzessionsverfahren ist nicht Teil der Vorlage. Der Kostenvoranschlag in der Höhe von 685'000 Franken wurde ohne Offerte erstellt. Er beruht auf Erfahrungswerten. Für die Beschaffung wird ein ordentliches Submissionsverfahren durchgeführt, wobei der Markt bei den Online-Messgeräten nicht spielt, weil in der Schweiz nur ein einziger Lieferant vorhanden ist. Die Abschreibungen von 26'000 Franken pro Jahr erscheinen bei einer Investitionssumme von 685'000 Franken sehr gering. Grund: Bei den Spezialfinanzierungen wird gemäss der effektiven Lebensdauer abgeschrieben. Im Tiefbau wird mit einer solchen von 80 Jahren gerechnet, beim Hochbau mit 50 Jahren und bei den Geräten zur Qualitätsüberwachung und Steuerung mit 20 Jahren.

Die jährlichen Minderkosten, die dank der Online-Überwachung (infolge weniger Laboranalysen und weniger Eigenleistung für Probeerhebungen) entstehen, betragen 29'000 Franken. Wichtig zu wissen: Der wöchentliche Rhythmus ist erst im August 2007 eingeführt worden. Mit der Online-Überwachung werden keine Stellenprozente eingespart, weil diese Mehrarbeit mit Überzeitleistungen abgefangen wurde. In der GPK wurde gefragt, welche anderen grossen Grundwasserfassungen in der Region bereits über eine Online-Überwachung verfügen. Das sind die Grundwasserfassungen Kiesen, Belpau und Aeschau. Die Wehrliau in Muri verfügt über keine Online-Überwachung, das Wasser wird mit Ozon behandelt. Die Frage, ob die Online-Messungen die wöchentlichen mikrobiologischen Labormessungen ersetzen können, wurde dahingehend beantwortet, dass dank der Online-Messungen die mikrobiologischen Laboranalysen wieder auf monatliche Intervalle reduziert werden können. Bei Alarmen wird jeweils eine sofortige Laboranalyse durchgeführt. Die detaillierten, vierteljährlichen Laboranalysen werden weiterhin durchgeführt und publiziert. Die Frage, wann das Gesuch für die Erneuerung in der Sensematt eingereicht wird, konnte wie folgt beantwortet werden: Das Gesuch wird in den nächsten zwei Jahren eingereicht. Die Abklärungen dazu laufen und zeigen, dass wahrscheinlich keine Einsprachen zu erwarten sind. Nachgefragt wurde auch, weshalb im Selhofen-Zopfen eine Drainageleitung vorhanden ist, die ein Risiko für die Wasserqualität darstellt. Die Antwort: Diese Drainageleitung besteht bereits seit fast 100 Jahren und ist mit den Schutzzonen-Vorschriften vereinbar. Das Risiko sei vorhanden, die Leitung schütze jedoch vor dem Eindringen von Verschmutzungen. Würde die Drainageleitung aufgehoben, würde das zu einer Versumpfung des Geländes führen, das dann nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden könnte. Langfristig ist geplant, die Drainageleitung um die Schutzzone herum zu führen. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 4 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Vorlage anzunehmen.

**Parlamentspräsident Martin Graber** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Zuerst danke ich dem Gemeinderat für den interessanten und gut gestalteten Bericht. Vielleicht ist einigen von Ihnen bekannt, dass es den Gemeinderat von Le Landeron ziemlich teuer zu stehen kam, weil das Trinkwasser zu wenig gut kontrolliert wurde. Es ist demzufolge nicht gut, am falschen Ort zu sparen. Wir müssen uns folgende Rechnung stellen. Was ist uns die Online-Überwachung wert? 1 Rappen, 10 Rappen, 1 Franken oder 10 Franken pro Jahr? Pro Einwohner kostet uns die Online-Überwachung zwischen 15 und 30 Rappen pro Jahr. Die CVP/EVP-Fraktion wird dem Verpflichtungskredit zustimmen.

**Fraktionssprecher Niklaus Hofer (SVP):** Die Gemeinde Köniz verfügt über ein sehr gut ausgebauten Wasserversorgungsnetz. Hier nun mit der Ablehnung des Verpflichtungskredits Geld zu sparen, wäre am falschen Ort gespart. Mit der Online-Überwachung können 42'000 Personen mit einwandfreiem und qualitativ hochstehendem Trinkwasser versorgt werden. Im letzten Jahr musste während des Hochwassers das Wasser abgestellt und chloriert werden. Mit der Installation der Messstellen können unnötige Ausgaben vermieden werden. Die SVP-Fraktion wird dem Verpflichtungskredit zustimmen.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Das Geschäft ist in der Fraktion der Grünen unbestritten. Einige unschöne Punkte sind jedoch in unseren Augen vorhanden: In der Schweiz ist ein einziger Anbieter für solche Geräte vorhanden und der hohe Preis dafür verwundert deshalb nicht. Ich wage die Prognose, dass die Offerte nicht wesentlich unter den budgetierten 200'000 Franken liegen wird, da die Parlamentsunterlagen öffentlich sind. Die Lebensdauer der Überwachungsgeräte, inklusive Software, ist mit 20 Jahren optimistisch eingeschätzt. Ein weiterer unschöner Punkt ist, dass mit der Pistenverlängerung des Flughafens Belp vermehrte Flugbewegungen zu erwarten sind. Damit steigt das Unfallrisiko und in der Folge davon die Gefahr der Verschmutzung des Trinkwassers. Hier möchten wir den Gemeinderat bitten, die Entwicklung im Auge zu behalten und allenfalls Vorstösse zu unternehmen, dass sich der Flughafen Belp an den Kosten für eine vermehrte Überwachung des Trinkwassers und die allfällige Verlegung der Drainageleitung beteiligt.

Auslöser für die Anschaffung der Online-Überwachung sind die gehäuft auftretenden Hochwasser in den letzten Jahren. Seit dem Bau der Grundwasserfassung bis 1999 – ungefähr 50 Jahre – gab es nie Überschwemmungen mit Eindringen von Fremdwasser. Nach dem Jahrhun-

dertwinter und –Hochwasser war man davon überzeugt, dass dies in den nächsten 100 Jahren nicht mehr passiere, und man hat keine speziellen Massnahmen ergriffen. Bereits 2004 kam es jedoch zur nächsten Überschwemmung, und dann 2005 und 2007. Nun ist es höchste Zeit, zu reagieren. Die gehäuften Überschwemmungen sind eine Folge der Klimaerwärmung und der Verpflichtungskredit in der Höhe von 685'000 Franken sind Mehrausgaben als Folge derselben. Es handelt sich hier um Kosten für Symptombekämpfung. Ich erinnere daran, dass wir bereits im Oktober 2007 einen Kredit für die Sanierung der Brücke über den Gaselbach bewilligt haben. Auch dies eine Symptombekämpfung als Folge der Klimaerwärmung. Ich wage die Prognose, dass noch sehr viel mehr solche Ausgaben auf die Gemeinde Köniz zukommen werden. Ob wir wollen oder nicht, Symptombekämpfung ist teuer. Deshalb ist es wichtig, dass die Gemeinde Köniz ihren Teil zur Ursachenbekämpfung beiträgt, auch wenn er im weltweiten Vergleich nur sehr bescheiden sein kann. Konkret muss auch die Gemeinde Köniz ihre CO<sub>2</sub>-Bilanz verbessern. Als Gemeinde haben wir hier eine Vorbildfunktion. Die Ursachenbekämpfung ist jedoch nicht gratis zu haben, kann aber ein nachhaltiger Beitrag an die Zukunft im ökologischen und im sozialen Sinn sein, und wenn man es geschickt anstellt ist die CO<sub>2</sub>-Reduktion auch eine ökonomisch rentable Investition.

**Fraktionssprecher Heinz Engi (FDP):** Die FDP/jfk-Fraktion begrüsst die Online-Überwachung der Trink- und Brauchwasserqualität in den Grundwasserfassungen Selhofen-Zopfen und Sensematt und wird dem Verpflichtungskredit zustimmen. Das Geschäft war in unserer Fraktion unbestritten. Die lückenlose Qualitätsüberwachung bei den Grundwasserfassungen zur Reduktion der Gesundheitsrisiken bei der Könizer Bevölkerung kostet auf den ersten Blick viel Geld und sie ist für die Bevölkerung nicht sichtbar. Werden die Investitionen auf die Anzahl Einwohnende der Gemeinde Köniz verrechnet, wird das Projekt mit ungefähr 18 Franken pro Einwohnenden relativ günstig. Ein vertretbarer Aufwand, wenn wir bedenken, dass künftig – da bin ich mit meinem Vorredner einig – infolge der Klimaveränderung vermehrt Hochwasser auftreten und entsprechende Verunreinigungen die Folge sein werden. Die Etappierung innerhalb des Projekts können wir nachvollziehen; sie macht Sinn. Persönlich hätte ich es geschätzt, wenn die jährlichen Mehr- und Minderkosten ein Nullsummenspiel ergeben würden. Sicherheit, auch wenn nicht die absolute, kann heute käuflich erworben werden; die Technik macht es möglich. Sparen wir Gesundheitskosten im Ereignisfall und investieren wir in die Vorsorge.

**Fraktionssprecherin Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Sauberes Trinkwasser ist wichtig, darüber sind wir uns einig und dagegen wird auch die SP-Fraktion nichts unternehmen. Wir haben das Geschäft trotzdem sehr kritisch betrachtet und sind zum Schluss gekommen, dass betreffend der Online-Überwachung der Trinkwasserqualität einiges nicht so glasklar ist wie das Wasser selber. Erster Punkt: Ich habe mich gefragt, weshalb der Wechsel gerade jetzt und sofort erfolgen soll. In den Unterlagen werden kurzfristige Einzelereignisse wie Hochwasser oder ein Ölunfall als Risiko erwähnt und deshalb müsse das Kontrollsystem sofort angepasst werden. Aber solche Ereignisse, z. B. ein Flugunfall, passieren nicht einfach so und die Blaulichtorganisationen sind vor Ort, bevor in Köniz irgendetwas gemessen wird. Hochwasserereignisse passieren auch nicht von einer Minute auf die andere. Weiter steht im Selhofen-Zopfen ein grosses Renaturierungsprojekt des Kantons an. Verändert dieses unsere Ausgangslage? Wenn ja, wurde das Gespräch mit dem Kanton gesucht? Würde er allfällige Mehrkosten übernehmen? Wieso muss man gerade jetzt und sofort reagieren? Seit einem halben Jahr muss das Trinkwasser infolge Auflagen des Kantons häufiger kontrolliert werden und mir scheint, dass hier etwas gar schnell vorgegangen wird. Der zweite Punkt ist die Drainageleitung im Selhofen-Zopfen: In der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung ist festgehalten, dass eine Drainageleitung die durch eine Schutzzone verläuft, nicht zulässig ist, wenn sie die Trinkwasserfassung gefährdet. Wenn eine solche Drainageleitung gemessen wird, ist das nicht ein Zugeständnis an deren Gefährlichkeit? Würde es nicht mehr Sinn machen, anstatt hier teuer zu messen, zuerst mit baulichen Massnahmen zu korrigieren? Der dritte Punkt sind die Finanzen: Auf meine entsprechende Frage hin, antwortete mir ein Fachmann, dass solche Steuerungsanlagen und Messapparate innerhalb von fünf bis acht Jahren ersetzt werden müssen. Das ist eine ziemliche Diskrepanz zu den in den Unterlagen aufgeführten 20 Jahren. Somit dürften die jährlichen Kosten deutlich höher liegen als die ausgewiesenen 6'000 Franken.

Zusammenfassend: Das Projekt ist leider nicht so sauber wie das Könizer Trinkwasser. Verstehen Sie mich jedoch nicht falsch, die SP-Fraktion hat nichts gegen das Geschäft und wird sich nicht gegen sauberes Trinkwasser wehren. Meine Kritik gilt vielmehr der Art und Weise wie sich

das Projekt im Moment präsentiert. Ich bitte den Gemeinderat, das Geschäft nochmals sorgfältig zu prüfen und kein Geld in den Sand – respektive ins Wasser – zu setzen. Die SP-Fraktion wird – mit den eben angebrachten Vorbehalten – dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Ich danke herzlich für die grossmehrheitlich positive Aufnahme des Antrages und insbesondere Hansueli Pestalozzi für die sehr umfassende und gründliche Berichterstattung aus der GPK. Bedenken Sie bitte, dass er hier seinen Einstand als GPK-Mitglied und als Referent der DBE gibt.

Ich gehe zuerst auf das zuletzt gehaltene Votum von Annemarie Berlinger-Staub ein: Die Reaktion ist nicht überhastet und bezieht sich nicht nur auf die letzten Hochwasserereignisse. Es handelt sich vielmehr um die Erfüllung eines gesetzlichen Auftrags. Wir sind verpflichtet, die Trinkwasserqualität zu messen und das Projekt ist nicht innerhalb der letzten drei bis vier Monate entstanden. Es wurde von langer Hand vorbereitet. Vielfach angezweifelt wurden die Abschreibungssätze. Wir haben diese nicht selber erfunden, sondern die Spezialfinanzierungen sind von Kantonsseite her sehr stark reglementiert und wir haben uns an diese gehalten. Die Beurteilung, ob diese richtig oder falsch sind, möchte ich mir nicht anmassen.

Betreffend Flugplatz: Um jede Grundwasserfassung herum bestehen verschiedene Schutzzonen in verschiedenen Schweregraden und die Piste des Flughafens Belp befindet sich ausserhalb unserer Schutzzone. Damit ist dies ein Nebeneinander, das andernorts mit Autobahnen und Fliessgewässern auch besteht. Wir können mit der Online-Messung selbstverständlich auch hier verbessert auf entsprechende Ereignisse reagieren.

Über die Investitionssicherheit haben wir im Bericht ausführlich Stellung bezogen. Weil das ganze Hochwasserschutzprojekt mit der Konzessionsverlängerung verknüpft ist und nicht ganz so schlank realisiert werden kann, haben wir uns dazu entschlossen, die Kontrollpunkte ausserhalb der Grundwasserbrunnen erst nach der Erteilung der Konzessionsverlängerung zu realisieren. Somit werden keine Gelder in den Sand gesetzt.

---

#### **Beschluss**

1. Für die Online-Überwachung der Trinkwasserqualität in den Grundwasserfassungen Selhofen-Zopfen und Sensematt wird ein Kredit von CHF 685'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 520.501.4114, bewilligt.
  2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.  
(abgegebene Stimmen: Zustimmung offensichtlich)
- 

**Parlamentspräsident Martin Graber:** Zu diesem Thema passt ein Zitat von Georg Christoph Lichtenberg, der im 18. Jahrhundert lebte: "Es ist schade, dass es keine Sünde ist, Wasser zu trinken, rief ein Italiener, wie gut würde es schmecken."

#### **7. 0518 Motion (jfk) "Ganzheitliches Marketing der Gemeinde"**

(verschoben vom 11. Januar 2008; Traktandum 5)

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Erstunterzeichner Bernhard Bichsel (jfk):** In Anbetracht dessen, dass der Gemeinderat den Jungfreisinnigen plausibel belegen konnte, dass sich im Bereich Gemeindemarketing etwas tut, können wir der Fristverlängerung zustimmen. Wir möchten den Gemeinderat dennoch auf das ursprüngliche Kernanliegen des damaligen Vorstosses aufmerksam machen: Ein gesamtheitliches Marketingkonzept. Das Konzept muss nicht so umfangreich sein wie das Kulturkonzept, wir erwarten jedoch die Vorlage eines gesamtheitlichen Marketingkonzepts.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich nehme die Aussagen von Bernhard Bichsel zur Kenntnis.

---

#### **Beschluss**

Die Erfüllungsfrist wird bis 31. Dezember 2008 verlängert.  
(abgegebene Stimmen: Zustimmung offensichtlich)

---

## **8. 0722 Anfrage (SVP) "Zustandsliste und Sanierungspriorisierung der Gemeindeliegenschaften und -strassen"**

(verschoben vom 11. Januar 2008; Traktandum 6)

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Martin Graber:** Es handelt sich hier um den ersten Vorstoss in Form einer Anfrage in der Gemeinde Köniz überhaupt oder mindestens seit dem Existieren der elektronischen Aufzeichnung. Aus dem Wortlaut im Geschäftsreglement des Parlaments wird nicht völlig klar, ob der Erstunterzeichner einer Anfrage überhaupt etwas zur schriftlichen Antwort des Gemeinderates sagen darf. Ich schlage Ihnen vor, in Anlehnung an Art. 39 zwei Minuten Redezeit zu gewähren. Ein Antrag auf Diskussion ist zu einer Anfrage definitiv nicht möglich, wie im Geschäftsreglement des Parlaments in Art. 54 festgehalten ist.

**Erstunterzeichner Ueli Salvisberg (SVP):** Mir war beim Einreichen der Anfrage nicht bewusst, dass ich hier Neuland betrete, versuche jedoch nun, die gewährte Redezeit von zwei Minuten einzuhalten.

Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Bearbeitung der Anfrage. Der Antwort des Gemeinderates kann ich entnehmen, dass er die nötige Infrastruktur in den betroffenen Direktionen hat und diese laufend ausbauen wird. Die Neuanschaffung eines Programms für die Gebäudedokumentation und die Bewertung ist in dem Sinn eine Investition in die richtige Richtung. In seiner Antwort hält der Gemeinderat fest, dass der Unterhalt auf einem hohen Niveau sehr wichtig ist. Er lässt diesem Umstand mit der Erhöhung der Investitionsquote für 2008 auf ungefähr 9 Millionen Franken Taten folgen. Ich gehe davon aus, dass die Investitionsquote ausgeschöpft wird, d. h. sie darf nicht irgendwelchem Spardruck – ich denke konkret an eine verfrühte Steuersenkung – zum Opfer fallen.

Im eigentlichen Vorstosstext habe ich zwei Fragen gestellt, erhalte jedoch weder zur ersten noch zur zweiten eine konkrete Antwort. Ich möchte genau wissen, ob die besagte Zustandsliste grundsätzlich existiert. Aus meiner Sicht können die einzelnen Sanierungsmassnahmen nur anhand einer solchen Liste ausgelöst werden. Wie die Priorisierung vor sich gehen soll, darüber schweigt sich der Gemeinderat aus. Damit stehen noch zwei Antworten des Gemeinderates im Raum. Ich gehe davon aus, dass wir bis zur nächsten Sitzung mehr wissen werden.

Die Sitzung wird für eine Pause von 20 Minuten unterbrochen.

## **9. 0504 Motion (Wyss, LdU) "Köniz Innerorts"**

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Erstunterzeichnerin Ursula Wyss (Grüne):** Ich danke dem Gemeinderat für seine Ausführungen und Prüfungen. Erfreulich ist die Tatsache, dass die Gemeinde Köniz über ein modernes Kommunikationskonzept und über einen prämierten Internetauftritt verfügt. Das heutige "Köniz Innerorts" passt aber nicht in dieses Konzept. Schade ist, dass nicht die noch für dieses Jahr geplante Leserbefragung abgewartet wurde, bevor man sich für das Weiterführen der heutigen Lösung entschied. Die Resultate einer Leserbefragung müssen doch die Wahl für die eine oder andere Variante beeinflussen. Der Gemeinderat hat drei Varianten geprüft und bei allen stellen sich mir Fragen. Bei der Variante "Ist optimiert": Mir ist nicht klar, wie allein ein neues Design die bestehenden Nachteile aufwiegen soll. Ein grosser Nachteil besteht darin, dass die Leserschaft schlecht wahrnimmt, dass es sich bei der Beilage in der "Könizer Zeitung" um das offizielle Mitteilungsorgan der Gemeinde Köniz handelt. Ich bin ziemlich sicher, dass eine Person, die im Sensebezirk wohnt, an der Beilage "Köniz Innerorts" nicht überaus interessiert ist. Die Leserbefragung könnte sicher eine Antwort darauf geben. Zur Variante "Solo": Leider sind die Kosten dieser Variante nicht aufgeführt. Vielleicht würden 5 Ausgaben pro Jahr genügen. Auch darauf könnte die Leserbefragung eine Antwort geben. Bei der dritten Variante, dem Vertrieb in mehreren Zeitungen, antwortet der Gemeinderat, diese Variante sei nicht praktikabel. Ich möchte gerne wissen, weshalb nicht. Auch zu diesem Punkt kann die Leserschaft befragt werden.

Kurz zusammengefasst: Der Gemeinderat fasst seinen Beschluss in meinen Augen etwas voreilig. Der Aufwand für eine Leserbefragung ist zum Fenster hinausgeworfenes Geld, wenn die Resultate nicht in den Entscheid einbezogen werden. Für die Entscheidungsfindung des Gemeinde-

rates waren die Kosten ausschliessliches Kriterium, was ausserordentlich schade ist. Der Gemeinderat gibt der Bevölkerung von Wabern aber auch noch ein "Zückerli" in Form eines einmaligen Beitrages von 2'000 Franken für die "Wabern Post". Das ist sehr schön und lobenswert. Die "Wabern Post" kann diesen Beitrag gut gebrauchen, denn die Finanzierung ist von Jahr zu Jahr eine Zitterpartie. Damit anerkennt der Gemeinderat die grosse Arbeit, die das Redaktionsteam Monat für Monat leistet. Bei der "Wabern Post" handelt es sich übrigens um ein attraktives, farbiges, modern aufgemachtes und immer aktuelles Informationsgefäss. Dies im Gegensatz zu "Köniz Innerorts". Dieses "Zückerli" hinterlässt aber auch einen etwas bitteren Nachgeschmack. Es scheint mir, man wolle das schlechte Gewissen etwas beruhigen. Ich schliesse mich dem Antrag des Gemeinderates an, den Vorstoss abzuschreiben, denn daran festzuhalten, macht zum heutigen Zeitpunkt keinen Sinn. Weil der Gemeinderat selber erklärt, dass die Optimierung der Kommunikation eine Daueraufgabe ist, hoffe ich aber sehr, dass dieses Thema wieder aufgegriffen wird, z. B. nach der Leserbefragung. Somit schliesse ich den Kreis zum Beginn meines Votums: Eine moderne, aufstrebende, attraktive Gemeinde wie Köniz hat etwas Besseres verdient als die heutige Version von "Köniz Innerorts". Ein neues "Köniz Innerorts" ist gefragt, mit einem modernen Design, attraktiven Beiträgen und einer klaren Positionierung als offizielles Mitteilungsorgan der Gemeinde Köniz für ihre Bürgerinnen und Bürger.

**Anna Mäder (SP):** Ich teile die Auffassung des Gemeinderates, dass die gemeindeeigene Zeitschrift "Köniz Innerorts" trotz dem Internet ein wichtiges Produkt ist, das beibehalten werden soll. Ebenfalls teile ich die Auffassung des Gemeinderates, dass "Köniz Innerorts" noch optimierbar ist. Dass die heutige Lösung in punkto Kosten sehr gut abschneidet, kann ich nachvollziehen. Ob sie auch in punkto Leserabdeckung so gut abschneidet, da bin ich nicht sicher. Das Mitteilungsblatt "Köniz Innerorts" ist für die interessierte Leserschaft nicht einfach zu finden. Irgendwo zwischen Werbung und Informationen aus zum Teil weit entfernten Regionen, ist sie auch optisch vom Rest der "Könizer Zeitung" kaum zu unterscheiden. Ich habe meine Zweifel, ob die angeblich gute Leserabdeckung überhaupt der Realität entspricht. Eine gestalterische Optimierung, wie sie der Gemeinderat in Aussicht stellt, ist wirklich dringend notwendig. Vielleicht muss die Platzierung als Beilage mitten in der "Könizer Zeitung" überdacht werden. Dass ein Soloauftritt des Gemeindeinformationsblatts zu wesentlich höheren Kosten führen würde, kann ich gut nachvollziehen. Insofern habe ich Verständnis für den Gemeinderat, dass er sich gegen diese Lösung entschieden hat. Weshalb der Vertrieb über mehrere Zeitungen nicht praktikabel sein soll, wird im Bericht des Gemeinderates nicht begründet; darüber können nur Vermutungen angestellt werden. Hier wäre ich dankbar für weitere Informationen. Damit wären wir bei der "Wabern Post". Auch ich danke dem Gemeinderat namens der Waberer Bevölkerung und auch dem Redaktionsteam für den einmaligen Beitrag von 2'000 Franken. Ich muss aber erklären, dass ich mit einem solchen einmaligen Zustupf nicht zufrieden bin. Die "Könizer Zeitung" enthält praktisch keine lokalspezifischen Informationen für die Waberer Bevölkerung. Wabern existiert für dieses Blatt sozusagen nicht und landet deshalb in manchem Waberer Haushalt ungelesen in der Zeitungssammlung. Dass ein solches Informationsbedürfnis aber besteht, zeigt die in Wabern verankerte "Wabern Post" seit Jahren. Dass die "Wabern Post" überhaupt existiert, ist einzig dem Engagement von lokalen Vereinen und einem motivierten Redaktionsteam zu verdanken. Mit Ausnahme der Betriebsleiterin der Villa Bernau, arbeiten die Redaktoren und Redaktorinnen alle ehrenamtlich, d. h. gratis und noch so kämpft das Blatt Jahr für Jahr ums Überleben und überlebt nur mithilfe von finanziellen Zustüpfen von lokalen Vereinen. Da mag der gesprochene Beitrag des Gemeinderates zwar eine willkommene Anerkennung und Hilfe sein, das eigentliche Problem ist damit jedoch nicht gelöst. Insofern bedaure ich es, dass es, um die Worte aus dem Bericht zu gebrauchen, aus welchen Gründen auch immer, nicht praktikabel sein soll, "Köniz Innerorts" auch in der "Wabern Post" zu publizieren. Ich bedaure dies, weil die "Wabern Post" so ein weiteres Standbein erhalten hätte. Ich bedaure dies auch, weil "Köniz Innerorts" als Einlage in der "Wabern Post" von der Bevölkerung in Wabern mit Sicherheit mehr Beachtung erhalten würde, als heute in der "Könizer Zeitung". Trotz diesen Vorbehalten und weil im Moment nichts anderes möglich ist, stimmt die SP-Fraktion der Abschreibung zu.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Zu Ursula Wyss: In Bezug auf die Leserumfrage ist ein kleines Missverständnis vorhanden. Die Leserumfrage wird nicht einfach so ins Blaue hinaus gemacht, sondern sie wird ausgewertet. Wenn die Leserumfrage zu Ergebnissen führt, die den Entscheid, "Köniz Innerorts" mit einer grafischen Neugestaltung und weiteren Massnahmen

herauszugeben, infrage stellen, werden wir darauf zurückkommen. Zurzeit ist der Gemeinderat der Meinung, dass die vorhandene Lösung gut ist. Die "Könizer Zeitung" selber hat mit externer Unterstützung eine Leserbefragung durchgeführt und mehr als ein Viertel des redaktionellen Beitrags wird von rund 80 Prozent der Haushalte gelesen. Das ist für eine Gratiszeitung ein Traumwert. Die Zeitschrift erreicht 41'000 Haushalte und ist somit ein "Vehikel", mit dem wir über unsere Gemeindegrenzen hinaus Ortsmarketing betreiben können. Ich bezweifle die Aussage, dass in den Gemeinden rund um Köniz niemand die "Könizer Zeitung" und die Beilage "Köniz Innerorts" liest. Ich bin nicht sicher, ob die Aussage stimmt, dass die Waberer Bevölkerung die Zeitschrift ungeschaut in die Papiersammlung gibt. Ich widerspreche auch der Aussage, dass die "Könizer Zeitung" keine Beiträge über Wabern bringt. Aus diesem Grund will der Gemeinderat den Ist-Zustand optimieren und die Leserbefragung vornehmen. Wie in der Antwort geschrieben, wird er laufend Bilanz ziehen. Die Optimierung der Kommunikation bleibt eine Daueraufgabe. Ich bin mir bewusst, dass der einmalige Beitrag für die "Wabern Post" von 2'000 Franken als "Beruhigungs-Zückerli" erscheinen mag. Wir wollten damit die Wertschätzung des Gemeinderates für die Arbeit an der "Wabern Post" zum Ausdruck bringen. Die hohen Kosten des Vertriebs von "Köniz Innerorts" über mehrere Zeitungen und Formatprobleme haben den Gemeinderat dazu bewogen, vorläufig mit der Lösung "Ist optimiert" weiterzufahren.

---

#### **Beschluss**

Die als Postulat erheblich erklärte Motion wird als erfüllt abgeschlossen.

(abgegebene Stimmen: Zustimmung offensichtlich)

---

**Parlamentspräsident Martin Graber:** Einige Worte in eigener Sache: Ein möglicher Satz, den ich vorhin hätte anbringen können, hätte wie folgt lauten können: "Wer den Vorstoss, der als Motion eingereicht und vom Parlament als Postulat erheblich erklärt worden ist, als erfüllt abschreiben will, zeigt dies mit Handerheben." Das ist ein äusserst komplizierter Satz. Damit in Zukunft etwas klarer ist, über was diskutiert und abgestimmt wird, werden ab sofort die vom Parlament als Postulat erheblich erklärten Motionen als Postulat bezeichnet. In der Vorstossliste sowie in den Abschreibungsanträgen des Gemeinderates wird immer ersichtlich bleiben, dass der Vorstoss als Motion eingereicht worden ist.

#### **10. 0520 Motion (jfk) "Parkkarte für Gewerbetreibende der Stadt und Region Bern"**

Abschreibung; Direktion Sicherheit

**Erstunterzeichner Bernhard Bichsel (jfk):** Hoch gepokert, alles verloren; so fassen die Jungfreisinnigen das Resultat unserer Bemühungen für eine regionale Parkkarte zusammen. Leider war es nicht möglich, in drei Gemeinden ein Ja zu diesem aus unserer Sicht nach wie vor dringenden Anliegen der Gewerbetreibenden zu erreichen. Das Unbefriedigende an der Situation ist, dass für die Gewerbetreibenden immer noch keine einfache Lösung für eine regionale Parkkarte besteht. Wir werden die Situation weiter prüfen und falls sich die Rahmenbedingungen entsprechend ändern, allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt mit dem Thema wieder vorstellig werden. In dem Sinn stimmen wir motivations- und emotionslos dem Antrag des Gemeinderates zu.

---

#### **Beschluss**

Die als Postulat erheblich erklärte Motion wird als unerfüllbar abgeschlossen.

(abgegebene Stimmen: Zustimmung offensichtlich)

---

#### **11. 0716 Motion (Grüne / jfk) "Reduktion des Energiebedarfs der Gemeinde um 20% bis 2022"**

Beantwortung; Direktion Umwelt und Landschaft

**Erstunterzeichner Jan Remund (Grüne):** Spätestens seit dem IPCC-Bericht (Bericht des Internationalen Wissenschaftsrates zum Klimawandel) ist allen klar, dass die Weltwirtschaft ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss drastisch senken muss. Noch ist es nicht zu spät, die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern. Können die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 um 50 bis 85 Prozent gesenkt wer-



den, ist es möglich, die Temperaturerhöhung auf 2 Grad zu beschränken, was z. B. das Artensterben oder die Schäden für die Landwirtschaft in Grenzen halten würde. Um dieses Ziel für die Schweiz zu erreichen, muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoss jährlich um 2 Prozent gesenkt werden, was in 15 Jahren mit Zinsrechnung 26 Prozent ergibt. Gemäss dem Stern-Bericht (Bericht des früheren Chef-Ökonomen der Weltbank, Nick Stern) handelt es sich bei der Klimaerwärmung um das grösste Marktversagen aller Zeiten. Internationale Abkommen oder CO<sub>2</sub>-Steuern sind mögliche Auswege, das Marktversagen zu korrigieren. Die Umsetzung braucht jedoch Zeit. Es ist deshalb wichtig, auch auf lokaler Ebene rasch Massnahmen einzuleiten. Für die Zielerreichung sind Investitionen nötig. Gemäss den Stern- und IPCC-Berichten können mit jedem heute investierten Franken bis zu 100 Franken volkswirtschaftliche Folgeschäden gespart werden. Gemäss Untersuchungen der ETH sind beim heutigen Energiepreis von 90 Rappen pro Liter Heizöl Minergiesanierungen auch betriebswirtschaftlich lohnend. Es ist zudem davon auszugehen, dass der Ölpreis noch steigen wird. Vonseiten der Wissenschaft ist die Ausgangslage klar.

Wir als Politiker haben die Verantwortung, die klaren Vorgaben umzusetzen. Eine Ablehnung der Motion wäre gegen jede Vernunft. Trotzdem zögert der Gemeinderat, er will den Vorstoss nur als Postulat annehmen. Die Antwort ist für mich viel zu zurückhaltend. Erstens ist der Gemeinderat der Meinung, das Ziel sei unrealistisch. Ich bin vom Gegenteil überzeugt. Die Einsparung von jährlich 1,5 Prozent CO<sub>2</sub>-Emissionen sind genügend, um das Ziel längerfristig zu erreichen. Der Gemeinderat weist auf seine vorbildliche Politik hin. In der Gemeinde Köniz wird seit einigen Jahren im Minergiestandard gebaut. Für den Gesamtenergieverbrauch der Gemeinde ist dies aber vernachlässigbar. Wie er richtig interpretiert, liegt das grösste Sparpotenzial bei den bestehenden Gebäuden. Mit einer guten Sanierung von einigen Hauptverbrauchern wäre das Ziel schon in Reichweite. Minergie-P-Sanierungen von Schulhäusern in Österreich zeigen, dass damit bis zu 90 Prozent Energie eingespart werden können und dies bei einem Mehraufwand von nur 10 Prozent gegenüber herkömmlichen Sanierungen. Ich gehe davon aus, dass in der Gemeinde Köniz genug solche zu sanierenden Bauten vorhanden sind, wurden Sanierungen in letzter Zeit doch eher vernachlässigt. Auch im Autoverkehr oder bei der Beleuchtung wird uns der Technologiewandel ermöglichen, 20 Prozent des Energieverbrauchs einzusparen.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass für Abklärungen ein zu grosser Aufwand notwendig sei. Das ist in meinen Augen ein schlechter Witz. Das Wissen über den heutigen Verbrauch ist die Voraussetzung, um überhaupt sinnvoll in Energiesanierungen zu investieren. Für mich ist sehr erstaunlich, dass solche Analysen für das Label Energiestadt nicht vorgeschrieben sind. Der momentane Stand der Unkenntnis der Gemeinde Köniz ist haarsträubend. Nachfragen von mir zeigen auf, dass weder die Energiekosten noch die Bruttogeschossflächen bekannt sind. Immerhin scheint die Gemeinde daran zu sein, diese Wissenslücke zu schliessen. Wir schreiben auch keine Analyse bis ins letzte Detail vor. Ich bin überzeugt, dass sich ein pragmatischer Weg finden lässt. Zudem: Auch wenn im Jahr 2022 nur 18 Prozent CO<sub>2</sub> eingespart wären, wäre dies für mich nicht allzu schlimm.

Der Gemeinderat meint, dass für die Erreichung des Ziels zu grosse Investitionen notwendig seien. Am Anfang werden sicher Investitionen anfallen, die sich aber im Verlauf der nächsten 30 bis 40 Jahre auszahlen werden. Beim momentanen Stand der Unkenntnis ist die Schätzung von 1,5 bis 2 Millionen Franken Investitionsbedarf aber sicher fragwürdig. Es ist zudem einseitig, dass der Gemeinderat nur die Kosten, nicht aber die eingesparten Aufwände abschätzt. Wie erwähnt zeigen Untersuchungen, dass sich Sanierungen in Zukunft auch betriebswirtschaftlich lohnen. Das bedeutet, auch inklusive Kapitalkosten, dass Energiesanierungen keine Mehrausgaben verursachen. Eine Gemeinde muss zudem volkswirtschaftlich denken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Folgeschäden der Klimaerwärmung bis zu 100 Mal höhere Kosten verursachen. Zusätzlich bringen Investitionen in Sanierungen auch Aufträge für das lokale Gewerbe. Statt Geld für Heizöl auszugeben, werden damit Arbeitsplätze geschaffen. Nicht zuletzt muss eine Gemeinde auch eine Vorbildfunktion wahrnehmen.

Die Argumente des Gemeinderates sind nicht stichhaltig. Seine Gangart ist zu langsam und nicht nachhaltig. Wir beharren deshalb auf unserer Motion. Die Überweisung als Postulat ändert an der Haltung und der Arbeit des Gemeinderates nichts, ausser dass er in zwei Jahren einen Bericht schreiben wird. Wir denken, es sei an der Zeit, die Richtung vorzugeben. Heute muss wieder einmal eine Gretchenfrage beantwortet werden: Nehme ich die Klimaproblematik ernst oder nicht? Deshalb fordern wir eine Abstimmung per Namensaufruf.

Mein Fazit: Die Forderung des Vorstosses ist notwendig. Die Umsetzung ist machbar. Die Überweisung als Postulat bringt nichts, sie wäre ein reines Lippenbekenntnis.

**Ignaz Caminada (CVP):** In der Antwort des Gemeinderates sind zwei Ratings aufgelistet. Im einen belegt die Gemeinde Köniz den 12. von 146 Plätzen, im anderen den 3. von 33. Für diese positive Meldung gratulieren wir der Gemeinde Köniz und wir sind stolz darauf, dass Köniz die Energie als wertvolles Gut betrachtet und im Hinblick auf die Folgekosten haushälterisch damit umgehen will. Im Vorstoss wird die Gemeinde Köniz nun dazu aufgefordert, in den nächsten 15 Jahren – notabene bereits auf einem sehr tiefen Niveau – weitere 20 Prozent Energie einzusparen. Diesem Anliegen kann niemand etwas entgegenhalten. Auch wir von der CVP/EVP-Fraktion haben die Motion mehrheitlich unterschrieben und unterstützen folglich den Auftrag an die Gemeinde Köniz. Im Folgenden lege ich aber dar, weshalb die CVP/EVP-Fraktion nach dem Erhalt der Antwort des Gemeinderates nicht an der Motion festhalten, sondern den Vorstoss als vollwertiges Postulat überweisen will.

Die Crux liegt wie immer im Detail. Die Antwort des Gemeinderates ist interessant und spannend, uns fehlt aber konkretes Zahlenmaterial. Die Frage bleibt unbeantwortet, was die Umsetzung der Motion konkret in Franken bewirken wird. Es fehlt eine Kosten-/Nutzen-Analyse. Wäre in der Antwort gestanden, wenn die Gemeinde Köniz 1 Millionen Franken ausgeben würde, könne sie 200'000 Franken Energie einsparen, wäre unsere Antwort einfacher ausgefallen. Schade, ist kein Startwert vorhanden. Wir lesen, dass mit jährlichen Investitionen von 1,5 bis 2 Millionen Franken für die Energieeffizienz gerechnet werden muss. Nach Adam Riese ergibt dies in 15 Jahren 30 Millionen Franken. Das kann jedoch nicht die ganze Wahrheit sein. Muss eine Fensterfassade ersetzt werden, ist dies eine Werterhaltung, die unter Unterhaltsarbeiten abgerechnet werden kann. Mit dieser Sanierungsmassnahme würde sicher auch Energie eingespart. Wir von der CVP/EVP-Fraktion kommen zum Schluss, dass dies weitaus mehr als 30 Millionen Franken ergibt. Nun stelle ich demgegenüber die Frage: Wie viel Geld, wird mit den 20 Millionen Franken Energieeinsparung kumuliert, über all die Jahre eingespart? Ich konnte nirgends eine Antwort darauf lesen. Wir sehen zusätzliche Schwierigkeiten im Umstand, dass die Gemeinde Köniz bereits zahlreiche Minergiehäuser besitzt und wo es schwierig ist, nochmals 20 Prozent Energie einzusparen. Es kann aber nicht sein, dass die Gemeinde Köniz Energie fressende Gebäude verkauft, um ihre Energiebilanz aufzupolieren.

Abschliessend stelle ich fest, dass es nichts bringt, wenn wir jetzt an der Motion festhalten und dann nicht bereit sind, in den nächsten Jahren Millionen von Franken – über deren Höhe wir keine Kenntnis haben – zu sprechen. Wenn wir den Vorstoss als Postulat erheblich erklären, werden wir wenigstens jährlich vom Gemeinderat einen Bericht erhalten, der konkret zeigen wird, was und mit welchen Massnahmen zwischen 2007/2008 und 2008/2009 eingespart wurde. Wenn wir Parlamentsmitglieder mit der Entwicklung nicht einverstanden sind, können wir gezieltere Vorstösse lancieren. Die CVP/EVP-Fraktion wird der Annahme der Motion als Postulat zustimmen und wir appellieren an die Grünen, dies ebenso zu tun. Umweltanliegen sind für uns einfach zu wichtig, um sie aus rein formellen Gründen fahrenzulassen.

**Bernhard Bichsel (jfk):** Ein Spagat der Superlative, so könnte die Situation der Jungfreisinnigen Köniz bei diesem Geschäft zusammengefasst werden. Der Motionstext ist nach wie vor einwandfrei. Er gibt dem Gemeinderat ein klares, strategisches Ziel vor, das aus grüner und jungfreisinniger Sicht unbedingt erreicht werden muss. Was machen wir nun, wenn wir feststellen müssen, dass die Antwort des Gemeinderates einen Weg geht, der als nicht optimal bezeichnet werden muss? In diesem Fall möchte ich nicht so weit gehen, den Weg als Ziel zu bezeichnen, aber er ist doch ein sehr integraler Bestandteil des ganzen Prozesses. Wie hat dieser Weg aus jungfreisinniger Sicht auszusehen? Was fordern wir vom Gemeinderat? Erstens muss eine klare, umfassende Bestandesaufnahme erstellt werden, wie viel Energie die Gemeinde Köniz braucht. Ohne diese kann keine fundierte Aussage getätigt werden. Zweitens müssen nach dem Vorliegen der Bestandesaufnahme Massnahmen für die Zielerreichung definiert werden. Sind drittens diese Massnahmen definiert, muss eine Kosten-/Nutzen-Analyse vorgenommen werden, anhand derer seriös entschieden werden kann, ob dieser Weg gangbar ist oder nicht. Wenn festgestellt werden muss, dass das Verhältnis schlecht ist, müssen neue Massnahmen definiert werden. Viertens ist der Weg vom Gemeinderat bereits vorgegeben – obwohl wir nicht wissen, wie hoch der Energieverbrauch ist – ohne sich Gedanken darüber zu machen, welche allfälligen finanziellen Einsparungen gemacht werden können und wie das Kosten-/Nutzenverhältnis bei diesen Investitionen sein wird. Im Vorstoss geht es um umweltpolitische Nachhaltigkeit. Obwohl der Gemeinderat noch gar nicht weiss, wo wir stehen, wird von mindestens 1,5 bis 2 Millionen Franken gesprochen. Das ist aber finanzpolitisch nicht nachhaltig und wir Jungfreisinnigen versuchen die Nachhaltigkeit in allen Bereichen zu leben. Wir for-

dern deshalb den Gemeinderat auf, eine klare Basis für die Energiereduktion zu schaffen und dem Parlament entsprechend seriös Daten über Kosten/Nutzen zu präsentieren. Nur so ist eine genaue Güterabwägung für uns möglich. In dem Sinn und mit leichten bis mittleren Zerrungen, stimmen wir dem Antrag des Gemeinderates zu.

**Daniel Krebs (SVP):** Auch die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass der Energiebedarf in Zukunft gesenkt werden muss. Die grössten Energieeinsparungen können sicher mit Gebäudeisolationen erreicht werden. In der Privatwirtschaft werden grosse Anstrengungen unternommen, um gute und energiebewusste Gebäudehüllen zu erstellen, sei es im Neu- oder im Sanierungsbau. Wie der Gemeinderat schreibt, ist dies auch für ihn eine Daueraufgabe. In den Grundzügen sind wir mit den Motionären einig, glauben aber, dass die Mittel, die für die Analyse der Energiewerte der gemeindeeigenen Gebäude benötigt werden, in noch mehr energiebewusste Gemeindebauten besser investiert wären. Dies ganz gemäss dem IPCC-Bericht, dass mit jedem heute investierten Franken 100 Franken volkswirtschaftliche Folgeschäden gespart werden. Zudem haben wir bis anhin oft gehört, dass der eine oder andere Vorstoss nicht motionsfähig ist. Wenn dies bei der vorliegenden Motion der Fall gewesen wäre, hätten wir das sogar verstanden. Eine Motion muss spätestens nach 4 Jahren erfüllt sein. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Energie sparen ist ein sehr wichtiges Anliegen der SP-Fraktion. Inhaltlich stehen wir alle hinter dem Vorstoss und die meisten von uns haben ihn auch unterschrieben. Wir sind uns einig, dass Energie gespart werden soll wo immer möglich und dass die Gemeinde hier als Vorbild vorangehen soll und muss. Allerdings ist die Fraktion in ihrer Meinung gespalten, ob Festhalten an der Motion der richtige Weg ist oder ob die Umwandlung in ein Postulat nicht doch besser sei. Für das Festhalten an der Motion spricht, dass uns das Anliegen viel zu wichtig wäre, als dass es abgeändert werden soll. Für die Umwandlung in ein Postulat spricht, dass es schade ist, wenn der Gemeinde auf Biegen und Brechen bei den gemeindeeigenen Bauten, die im Vergleich gut dastehen, einfach ein Zahlenwert vorgegeben wird, der mit hohem finanziellen Einsatz erreicht werden muss. Könnten diese Mittel nicht besser und effektiver eingesetzt werden, um in der ganzen Gemeinde Energie zu sparen? So z. B. durch Verbesserungen an privaten Bauten oder mit dem Sparen von Wasser oder mit sinnvollem Renovieren, usw.? Vielleicht ein kleines Beispiel aus dem Sport: Wir möchten nicht jährlich 3 Millionen Franken in Zeiler Köniz investieren, sondern viel lieber in den Breitensport. Es ist hinlänglich bekannt, dass jedes fünfte Kind übergewichtig ist. Wir erwarten von der Gemeinde, dass sie dem Label als Energiestadt weiterhin alle Ehre macht.

**Thomas Herren (FDP):** Ich gehöre zu den Motionären und habe, nebst den Gründen zur Sache, auch aus der Überlegung heraus unterzeichnet, dass für ein Parlament die Vorgabe eines strategischen Ziels ein geeignetes Instrument für die Realisierung eines Anliegens ist. Es wäre dann Aufgabe des Gemeinderates, aufzuzeigen, wie der Weg zum Ziel zu gehen ist. Meine Erwartungshaltung war wohl etwas naiv. Die Antwort des Gemeinderates sagt nicht mehr aus, als dass man im Moment keine Ahnung hat, wo man steht. Die Ermittlung des Status quo und der Investitionsbedarf für die Erreichung des Ziels müsse zuerst aufwändig analysiert werden. Damit könne das Ausgangsniveau des Jahres 2007, das in der Motion klar verlangt wird, nicht dargestellt werden. Man ist aber trotzdem in der Lage zu schätzen, dass die geforderte Energieeinsparung 2,5 Millionen Franken oder mehr pro Jahr kosten würde. So habe ich die Motion nicht verstanden. Ich bin nicht damit einverstanden, dass man nun planlos Geld ausgeben will, ohne dass berechnet wurde, mit wie viel Franken wie viel Energie eingespart werden kann. Die Antwort des Gemeinderates spiegelt folgende Haltung wieder: Das Parlament hat es so gewünscht, es kostet nun aber etwas, auch wenn nicht bekannt ist, wie viel, und was damit erreicht werden kann. Ich habe erwartet, dass der Gemeinderat gemäss dem Auftrag der Motion ein Konzept zur Ermittlung der Ausgangslage und dann einen Investitionsplan erarbeitet, anhand dessen ersichtlich ist, wie viel wo investiert werden soll und was damit erreicht werden kann. Wenn der Gemeinderat der Ansicht ist, dass das Ziel nicht erreicht werden kann, soll er dies klar sagen und nicht verklausuliert. Ich bin deshalb gegen die Aufrechthaltung der Motion und erkläre mich mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden; auch wenn ich mir keine grossen Resultate in der Sache erwarte.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Wir müssen Energie sparen, ob die Motion angenommen wird oder nicht. Verschiedene Initiativen fordern, dass die öffentlichen Haushalte in den nächsten 10 bis 20 Jahren 20 Prozent Energie einsparen. Unter anderem habe ich letzthin von einer CVP-Initiative gelesen, die genau das fordert. Deshalb kann ich die zögerliche Haltung von dieser Seite nicht verstehen. Ich habe in letzter Zeit verschiedene energietechnische Analysen von öffentlichen Gebäuden – Schulhäusern und Altersheimen – studiert, d. h. in etwa jener Gebäudemix, über den die Gemeinde Köniz an öffentlichen Gebäuden verfügt. Diese Analysen sind zum Teil älteren Datums und trotzdem hat sich eine energietechnische Sanierung bereits vor 5 oder 10 Jahren gelohnt. Das Einsparen einer Kilowattstunde kommt bei einer Fassadensanierung auf ungefähr 4 Rappen zu stehen. Heute kostet die Energie für eine Kilowattstunde 8 bis 10 Rappen. Diese Investitionen in öffentlichen Altgebäuden – das ist in der Gemeinde Köniz ein grosser Teil – sind hoch rentabel. Solche Sanierungen hätten aber noch viele positive Nebeneffekte. Wenn die Gemeinde Köniz analysieren würde, wo mit kleinsten Mitteln am meisten Energie gespart wird, können damit Aufträge für das lokale Gewerbe und somit ein Kapazitätsausbau ausgelöst werden. Dann hätte, wenn die Energiepreise noch mehr steigen und alle Energie sparen wollen, das lokale Gewerbe genug Kapazitäten, um die Nachfrage aufzufangen. Es wäre somit ein ökonomischer Unsinn, energietechnische Sanierungen jetzt nicht zu starten und durchzuführen.

Deshalb plädiere ich dafür, der Motion im Sinn von Ökologie, von Ökonomie und der Förderung des lokalen Gewerbes zuzustimmen.

**Ignaz Caminada (CVP):** Ich stehe hinter der 20-Prozent-Initiative der CVP und habe in meinem vorhergehenden Votum klar gesagt, dass Umweltsachen für mich zu wichtig sind, als dass wir nur aus formellen Gründen an der Motion festhalten und erklären würden, das Postulat bringe nichts. Wenn wir im Parlament der Meinung sind, Postulate bringen nichts, können sie aus dem Geschäftsreglement des Parlaments gestrichen werden. Für mich ist auch ein Postulat ein Auftrag, den der Gemeinderat zu erfüllen hat. Laut Geschäftsreglement des Parlaments besteht keine Möglichkeit, eine nicht befriedigende Motionsbeantwortung an den Absender zurückzuweisen. Die Politik der CVP zielt darauf ab, das Ziel von 20 Prozent Energieeinsparung zu erreichen. Dieses Ziel kann auch mit einem Postulat erreicht werden.

**Urs Maibach (Grüne):** Die Antwort des Gemeinderates auf die Motion befriedigt nicht, das ist allerorten zu spüren. Ein Postulat hat leider, Ignaz, längst nicht die Wirkung einer Motion. Mit einer Motion kann ein gewisser Druck ausgeübt werden, der beim Postulat wegfällt. Wir sind alle der Meinung, dass die Antwort nicht befriedigend ist. Der Gemeinderat weiss nicht recht, wo er in dieser Sache steht. Wir haben keine Ahnung über den Energieverbrauch der gemeindeeigenen Liegenschaften. Obschon wir nun alle der Meinung sind, es müsse etwas gehen, sagen wir dem Gemeinderat, er solle so weiterfahren und hier müsse nicht derart grosser Druck ausgeübt werden. Irgendwann wird der Gemeinderat dann schon etwas tun und wir werden zufrieden sein. Der Weg, wie er von Bernhard Bichsel aufgezeigt wurde, ist klar. Die in der Motion geforderte umfassende Bestandesaufnahme ist nötig. Mit der Überweisung der Motion besteht eine viel grössere Chance, dass diese Bestandesaufnahme auch realisiert wird. Ansonsten vergehen 3 bis 5 Jahre, bis wir im Besitz der nötigen Unterlagen sind. Deshalb bitte ich Sie, die Motion aufrechtzuerhalten. Ich bin überzeugt, dass in 5 bis 7 Jahren der Erdölpreis so hoch sein wird, dass sich alle Investitionen lohnen werden.

**Hermann Gysel (EVP):** Ich möchte betreffend der Aufrechthaltung des Drucks darauf hinweisen, dass wir, wenn uns dieses Anliegen wirklich ernst ist, nicht nur dem Gemeinderat "Beine machen müssen", sondern wir müssen mit ihm zusammen überlegen, wie wir zum in der Motion aufgeführten Ziel kommen. Das wird mit der vorliegenden Motion wahrscheinlich nicht möglich sein und deshalb wird die Einreichung eines neuen Vorstosses unumgänglich sein.

**Daniel Oester (jfk):** Hermann Gysel hat bereits ausgeführt, was ich mitteilen wollte. Ich habe die Motion damals unterschrieben, weil ich davon überzeugt bin, dass etwas getan werden muss. Heute verfügen wir jedoch nicht über die richtigen Grundlagen, um eine bestimmte Prozentzahl Energieeinsparung zu verlangen. Vor dem Vorliegen einer Bestandesaufnahme kann jedoch nichts gefordert werden. Deshalb ist die Aussage von Hermann Gysel richtig, zuerst ein Energiekonzept und eine Bestandesaufnahme zu verlangen. Danach soll der Gemeinderat sagen, wo er in Bezug auf das Thema Energie in den nächsten 10 bis 15 Jahren hin will.

**Thomas Herren (FDP):** Ich stosse ins selbe Horn wie Daniel Oester. Es geht nicht darum, das Anliegen nicht aufrechterhalten zu wollen, sondern es geht darum, nicht die Katze im Sack zu kaufen. Bei jeder Vorlage, die der Einsparung von Energie insbesondere bei Gemeindegebäuden dienen soll, würde uns, wenn wir die Motion aufrechterhalten, "um die Ohren geschlagen", dass wir mittels einer Motion einen Auftrag erteilt haben, der umzusetzen ist, koste es was es wolle. Genau das wollen wir jedoch nicht und wäre nicht jene Verantwortung wahrgenommen, die das Parlament auch in der finanzpolitischen Steuerung hat. Es ist nicht der richtige Weg, und der Gemeinderat würde ihn auch sehr unwillig gehen, dieses doch etwas konzept- und planlose Vorhaben über eine Motion umzusetzen. Das Anliegen bleibt nach wie vor erhalten. Wir müssen, wie Hermann Gysel bereits antönte, neu über die Bücher gehen und in einem neuen Vorstoss das Anliegen genauer definieren.

**Valentin Lager (CVP):** Zuerst eine Bemerkung: Ich bin mit vielen Parlamentsmitgliedern einverstanden, dass es sich hier um ein zu wichtiges Argument handelt, als dass man es sich leisten kann, formaljuristische und parteipolitische Streitigkeiten zu verfolgen. In meinen Augen ist es schade, dass versucht wird, an der Motion auf Biegen und Brechen festzuhalten, nachdem sich abzeichnet, dass sie als solche wahrscheinlich keine grossen Chancen haben wird. Damit wird die Erreichung des Ziels von vornherein gefährdet. Zur sportlich gefährlichen Tätigkeit der Jungfreisinnigen: Die Motion wurde von den Grünen und den Jungfreisinnigen unterzeichnet. Die Grünen haben sich klar für ein Festhalten an der Motion entschieden, die Jungfreisinnigen betätigen sich mit ihrem Spagat sportlich gefährlich, haben jedoch in grösster Gefahr erklärt, sie unterstützen den Antrag des Gemeinderates auf Umwandlung in ein Postulat. Nun muss ich Parlamentspräsident Martin Graber einmal mehr anfragen, über was wir abstimmen. Gemäss Geschäftsreglement kann nur der Motionär oder die Motionärin über den Antrag zur Umwandlung entscheiden.

**Parlamentspräsident Martin Graber:** Der oder die Erstunterzeichnende kann gemäss Art. 60 des Geschäftsreglements des Parlaments Antrag auf Umwandlung stellen. Will er oder sie dies nicht, wird nur über die Motion abgestimmt.

**Ueli Salvisberg (SVP):** Art. 61 Abs. 1 lautet wie folgt: "Erheblich erklärte Motionen und Postulate sind vom Gemeinderat so rasch als möglich, längstens aber innert zwei Jahren seit der Erheblicherklärung, zu erfüllen." Mit anderen Worten: Wenn wir an der Motion festhalten, hat der Gemeinderat nicht bis ins Jahr 2022 für die Umsetzung Zeit, sondern zwei Jahre.

**Jan Remund (Grüne):** Das sehen wir Grünen anders. Mit der vorliegenden Motion geben wir dem Gemeinderat ein Ziel vor, das erreicht werden muss. Die Motion nun in ein Postulat umzuwandeln bedeutet in unseren Augen, dass dieses vorgegebene Ziel nicht unbedingt erreicht werden muss. Mir ist klar, dass – wie mehrfach erwähnt wurde – nachfolgende Vorstösse notwendig sind. Für uns Grüne bedeutet das Festhalten an der Motion, dass es uns mit dem Anliegen wirklich ernst ist. Ich bin von der Machbarkeit des Vorstosses überzeugt.

**Christian Roth (SP):** Zum Argument von Ueli Salvisberg: Liest man Art. 61 Abs. 1 wortwörtlich, kann man ihn durchaus so interpretieren. Damit würde sich das Parlament jedoch selber beschneiden. Es gibt doch Zielsetzungen und Vorgaben, die das Parlament über die Erfüllungsfrist von 2 Jahren hinaus vorgeben will. Das Ziel der vorliegenden Motion ist ein solches. Ich unterstütze das Anliegen der Motion, da ich von deren Argumenten überzeugt bin. Ich bin aber auch überzeugt davon, dass sie nicht mehrheitsfähig sein wird. Ich fordere deshalb die Umwandlung in ein Postulat, damit wir nicht zu viel Zeit verlieren,

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Die Debatte ist spannend und energiegeladen. Das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre ist auch für den Gemeinderat sehr wichtig. Spätestens seit dem Jahr 2000, als Köniz Energiestadt wurde, sind diese Anliegen Dauerauftrag. Mit Massnahmen in allen sechs Teilbereichen der Energiestadt ist ein gezieltes Vorgehen nötig, das sich alle vier Jahre beim Re-Audit prüfen lassen muss. Das Re-Audit im letzten Herbst zeigte auf, dass wir sehr gut positioniert sind. In den fünf Bereichen Raumplanung, Entwicklungsplanung, bei der Mobilität, bei den kommunalen Gebäuden, bei der Kommunikation und der internen Organisation wurde eine gute bis sehr gute Punktzahl erreicht. Einzig im Bereich Versorgung und Entsorgung wurde nur gut die Hälfte der maximal möglichen Punktzahl erreicht. In

diesem Bereich werden neue Massnahmen in den Massnahmenplan aufgenommen, damit wir uns verbessern können. Mit der Motion wird ein sehr ehrgeiziges Ziel angestrebt. Der Energieverbrauch der Gemeindeverwaltung muss bis ins Jahr 2022 um 20 Prozent, d. h. mehr als 1 Prozent pro Jahr, gesenkt werden. Möglichkeiten für Senkungen des Energieverbrauchs bestehen vor allem im Gebäudebereich und weniger bei der Elektrizität oder bei der Mobilität. Im Gebäudebereich sind in der Gemeinde Köniz noch keine Grundlagen vorhanden, von denen wir ausgehen können. Jeder Votant und jede Votantin hat auf diesen Umstand hingewiesen. Wir wissen noch nicht, wo genau wir in Bezug auf den Energieverbrauch stehen. Wir können deshalb kein Energiesparpotenzial ausweisen. Die Direktion Gemeindebauten hat aus diesem Grund im letzten Jahr eine Gebäudedatenbank angeschafft, wo Gebäudedaten – inklusive Energiekennndaten – erhoben werden. Gemeinderätin Judith Ackermann wird anschliessend genauer informieren. Der Gemeinderat ist sich klar bewusst, dass Handlungsbedarf besteht. Deshalb will er sich in nächster Zeit anhand der Gebäudedokumentation ein genaues Bild darüber beschaffen. Weil die Bestandesaufnahme momentan noch fehlt, können wir keinen Investitionsbedarf ausweisen. Diese wäre aber nötig, wenn wir die mit der Motion geforderte Energiesenkung wirklich angehen wollen. Eine grobe Schätzung aufgrund von Gebäudeversicherungswerten ergab, dass ungefähr 1,5 bis 2,5 Millionen Franken pro Jahr nötig wären, wollten wir das Ziel der Motion anpeilen. Deshalb kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass er das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre zwar klar unterstützt, wir damit aber – wie bereits erwähnt wurde – eine Katze im Sack kaufen würden. Der Gemeinderat beantragt dem Parlament deshalb, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Will das Parlament die Motion überweisen, ist man auch bereit, den finanziellen Rahmen gutzuheissen, den wir in nächster Zeit vorlegen würden. Die Umsetzung kann nicht kostenneutral erfolgen. Dem Gemeinderat wäre die Überprüfung der Forderungen im Rahmen eines Postulates jedoch sympathischer.

Ich gehe kurz auf einige gehaltene Voten ein. Allerorten wurde erklärt, dass die Ermittlung der Ausgangslage fehlt. Dieser Umstand ist dem Gemeinderat klar und deshalb wurde die bereits angesprochene Gebäudedokumentation angeschafft. Genau jene Punkte, die Bernhard Bichsel erwähnte, will der Gemeinderat angehen. Der Gemeinderat will nicht nur eine Bestandesaufnahme vornehmen, sondern ein Konzept und eine Energiestrategie erarbeiten.

**Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP):** Bei vielen Gebäuden fehlen die energierelevanten Grundlagen, also der Startwert. Ganz ohne Datenbasis stehen wir dennoch nicht da. Seit 8 Jahren werden die Schulanlagen in einer Energiebuchhaltung ausgewertet. Das betrifft ca. 60 von 120 beheizten Gebäuden. Die Fachleute kennen die grossen Energiefresser und die energetisch schlechtesten Anlagen sehr gut. Ausserdem haben wir lange vor der Einreichung der Motion mit der Evaluierung eines Programms zur Gebäudedokumentation gestartet. Unterdessen ist das richtige Programm vorhanden und in der Abteilung Gemeindebauten werden als erstes die beiden Objekte des Buchseeschulhauses erfasst. So werden nach und nach alle gemeindeeigenen Bauten erfasst und schlussendlich verfügen wir über viel mehr Informationen über Zustand, Energieverbrauch und können sinnvolle Massnahmen ergreifen. Die Analyse ist voll im Gang, benötigt jedoch noch Zeit. Der Vorwurf ist somit ungerechtfertigt und das Wort "dilettantisch" habe ich grosszügig überhört. Ich betone, dass wärmetechnische Energieeffizienz und erneuerbare Energien bei der Planung von Neubauten und Sanierungen zuvorderst auf der Traktandenliste stehen. Der Gemeinderat ist sich seiner Vorbildfunktion sehr wohl bewusst und lebt dieser nach. Das beweist das letzte Ergebnis des Re-Audits Energiestadt Köniz, das Gemeinderätin Rita Haudenschild bereits erwähnt hat. Was sie nicht erwähnt hat: Dass wir auf Platz 12 von 146 bewerteten Energiestädten sind. Es kommt nicht von nichts, dass wir ausserdem die einzige Gemeinde im Kanton Bern sind, die fünf Minergielabel bei Gemeindebauten besitzt. Man kann sicher nicht behaupten, dass wir auf dem falschen Weg sind. Der Gemeinderat geht diesen Weg weiter. Sie dürfen nicht vergessen, dass wir zwar alle Neubauten im Minergiestandard erstellen, in allen Kindergärten Sparlampen installiert haben, in den Schulanlagen und Kindergärten bereits mit einem Anteil von 20 Prozent an erneuerbarer Energie – Holzschnitzel, Pelletheizungen, Wärmepumpen – heizen. Gleichzeitig bauen wir aber auch aus, bauen neu und erweitern. Ich gebe ein Beispiel: Bei der Sanierung und Erweiterung des Schulhauses Morillon konnte der Energieverbrauch in der Relation zur beheizten Fläche um 34 Prozent gesenkt werden. Andererseits hat die Energiebezugsfläche um 64 Prozent zugenommen. Effektiv resultiert daraus, dass die Schulanlage über das Ganze gesehen, nach dem Ausbau noch 7 Prozent weniger Energie für die Heizung braucht. Nicht alle Sanierungen werden vom

Parlament beraten, weil sie unter gewissen Voraussetzungen als gebundene Ausgaben gelten und somit in der Kompetenz des Gemeinderates liegen.

So sind wir aktuell in der Planungsphase der Sanierung der Aula im OZK. Die energietechnisch gesehen schlechte Fassadenverglasung und die Strom fressende Raumbelichtung sind die Hauptgründe für die Sanierung, die laut einer Grobschätzung rund 800'000 Franken kosten wird. Schon weit in der Planung sind wir mit der Gebäudehüllensanierung der beiden Trakte der Schulanlage Buchsee. Die Gebäudehüllensanierung wird prioritär behandelt, weil die beiden Trakte bezüglich Energie im Vergleich zu anderen Schulanlagen sehr schlechte Werte haben. Die geschätzten Kosten betragen rund 1,3 Millionen Franken. Die Fenstersanierung in der Schulanlage Niederwangen ist fast beendet, Kostenpunkt 400'000 Franken. Wir sprechen ausserdem von Sanierungen des alten Schulhauses Niederwangen, des Steinhölzli-Schulhauses und an der nächsten Sitzung wird die Sanierung des Kindergarten Wabersacker beraten. Es läuft enorm viel in der Gemeinde Köniz betreffend Sanierungen und wir investieren sehr viel Geld in Energieeffizienzmassnahmen und damit auch in die CO<sub>2</sub>-Reduktion.

Die grob geschätzten Ausgaben von 3 Millionen Franken und die 1,5 bis 2 Millionen Franken, die pro Jahr für den Werterhalt der gemeindeeigenen Bauten und für reine Energiemassnahmen nötig sind, sind Massnahmen, die Hand in Hand gehen. Die Abteilung Gemeindebauten hat das Ziel, die zur Verfügung stehenden Mittel optimal einzusetzen und damit die nachhaltigsten und wirtschaftlich besten Sanierungsmassnahmen zu realisieren. Wir gehen einen pragmatischen Weg, der sich bewährt hat. Mit meinem Votum will ich Ihnen zeigen, dass keine leeren Versprechungen gemacht werden, wenn der Gemeinderat in seiner Antwort festhält, er betrachte das Anliegen der Motionäre als Daueraufgabe.

Dem Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf stimmen weniger als 10 Parlamentsmitglieder zu. Er wird somit abgelehnt.

---

#### **Beschluss**

Die Motion wird abgelehnt.

(abgegebene Stimmen: 15 erheblich erklären, 21 ablehnen, 2 Enthaltungen)

---

#### **12. 0720 Postulat (SP) "Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Das Patchwork-Angebot an familienexterner Kinderbetreuung zu einem Ganzen zusammenfügen!"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Erstunterzeichnerin Rita Sidler (SP):** Ich danke dem Gemeinderat für die Entgegennahme des Postulats und für die positive Aufnahme des Anliegens. Ich begrüsse die Erwähnung des Gemeinderates in seiner Antwort, schon bald mit der Umsetzung des Konzepts zu beginnen. Ebenfalls begrüsse ich, dass er für die Erstellung des Konzepts Vergleichsmodelle aus dem In- und Ausland beiziehen möchte. Das Rad muss hier nicht neu erfunden werden. Ich empfehle Ihnen deshalb, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

**Mark Stucki (FDP):** Jedermann/jedefrau soll seinen/ihren individuellen Lebensentwurf leben können. Zu dieser urliberalen Überzeugung gehören auch Entscheide zur Rollenverteilung in der Familie, Entscheide bezüglich Familie und Erwerbsarbeit. Ein grosser Teil der Bevölkerung setzt die Priorität auf die Kinderbetreuung in der traditionellen Kernfamilie. Das ist gut, zeugt von Eigenverantwortung und gibt den Kindern eine gute Ausgangsbasis. Genau so legitim ist der Entscheid, Kinder familienextern betreuen zu lassen, seien es einige Stunden in der Woche oder mehrere Tage. Diese Wahl ist eben so richtig, fördert die volkswirtschaftlich sinnvolle Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt, entspricht zunehmend den gesellschaftlichen Realitäten und ist auch kindergerecht. In diesem Umfeld ist es nötig, dass eine Gesamtsicht über die Möglichkeiten von Kinderbetreuung vorhanden ist, gerade weil es nicht einfach nur ein Modell "Kinder zu Hause betreuen" oder "Kinder extern betreuen lassen" gibt. Die Bedürfnisse sind heute unterschiedlich und individuell. So flexibel heute Arbeitswelt und Familie sind, so flexibel sollte auch das Betreuungsangebot sein. Flexibel heisst eben auch koordiniert und verzahnt. Hier hapert es häufig aber noch. Noch zu häufig arbeiten Schulen nicht mit den Anbietern von familienexterner Kinderbetreuung zusammen und umgekehrt.

Tatsache ist, dass eine gute familienexterne Kinderbetreuung zwingend zu einer aufstrebenden Gemeinde gehört. Es wäre jedoch grundsätzlich falsch, in diesem Bereich a priori auf den Staat zu setzen. Angebote der öffentlichen Hand müssen auch bei der Kinderbetreuung subsidiären Charakter haben. Betreuung in der Familie, auch durch Angehörige oder private externe Betreuung sind unerhört wichtig und dürfen in einer solchen Gesamtschau nicht vergessen gehen, ja müssen vermehrt gefördert und berücksichtigt werden. Hier spielt der Staat, vor allem der Kanton, mit einer Überreglementierung gegenwärtig eine eher problematische Rolle. Qualität, wie sie auch im Postulatstext erwähnt ist, heisst nicht einfach mehr Reglementierung und mehr Kosten. Qualität heisst Konkurrenz und eine Vielfalt unterschiedlicher Angebote. Bei dieser Gesamtschau darf auch die Frage der Finanzierung nicht zu kurz kommen. Auch hier ist ein Gleichgewicht zu finden zwischen Beiträgen der öffentlichen Hand dort, wo es sozial unabdingbar ist und einem Engagement der Eltern dort, wo es zumutbar ist und dort, wo es um Spezialwünsche geht. Gleichzeitig dürfen gut Verdienende oder solche die ihre Kinder zu Hause oder privat betreuen lassen, nicht einfach als praktische Geldquelle eingespannt werden.

In der Kinderbetreuung muss die Wahlfreiheit gewährleistet sein. Ein Modell, wie es unsere Partei mit der Einführung von Betreuungsgutscheinen vorschlägt, ist der richtige Weg. Es garantiert gleich lange Spiesse für Eltern, für Anbieter, fördert die Konkurrenz, wirkt so auch Kosten hemmend und kann am besten auf individuelle Bedürfnisse eingehen. Aus dieser weiten Optik stelle ich mich hinter das Anliegen des Postulats. Eine Gesamtschau und Koordination und die Flexibilisierung aller Angebote sind wichtig, ja zwingend. Ich danke dem Gemeinderat für die Bereitschaft, das Postulat erheblich zu erklären und kann seine Bemerkungen zur zeitlichen Realisierung nachvollziehen. Es hat keinen Sinn, rasch ein Konzept dem Konzept zuliebe zu erarbeiten, ohne dass gewisse Voraussetzungen geklärt sind. Gleichzeitig möchte ich festhalten, dass gerade in diesem Bereich sehr vieles in Bewegung ist, man kann also nicht auf einen Endzustand warten. Die Gemeinde muss zügig und unter Berücksichtigung von sich ständig ändernden Bedingungen an die Arbeit gehen. Ich bedaure es hingegen etwas, wie wenig der Gemeinderat heute zu den konkreten Anliegen des Postulats Stellung nimmt. Hier würde ich gerne mehr hören, in welche Richtung es allenfalls gehen könnte.

Die FDP/jfk-Fraktion wird der Annahme des Postulats zustimmen.

**Daniel Oester (jfk):** Zuerst einen herzlichen Dank an die Postulantin Rita Sidler und der SP für die Aufnahme dieses aus meiner Sicht wichtigen Themas. Ich unterstütze das Postulat. Eines stört mich jedoch nicht nur an der kommunalen Politik, sondern auch an der nationalen: Ein grosser Teil unserer Gesellschaft wird mit der Formulierung, was die familienexterne Kinderbetreuung betrifft, ausgeklammert. Es gibt immer noch sehr viele Familien die bei der Kindererziehung nicht auf den Staat zurückgreifen wollen. Diese Kinder werden nach dem traditionellen Rollenmodell durch Mutter, Vater oder Verwandte erzogen. Auch diese Paare sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Sie sind sogar sehr wichtig. Würden 100 Prozent ihre Kinder familienextern betreuen lassen, wären bald einmal Finanzierungsprobleme vorhanden. Diese Paare werden doppelt bestraft. Einerseits bezahlen sie Steuern, unter anderem für die Finanzierung der familienexternen Kinderbetreuung, andererseits können sie ihre Aufwendungen – den Lohn für die betreuende Grossmutter – nicht vom Einkommen abziehen. Dort wäre eine Möglichkeit, den Kinderabzug deutlich zu erhöhen. Die frei werdenden Mittel könnten je nach Bedürfnis entsprechend eingesetzt werden. Auch das national lancierte Konzept von Betreuungsgutschriften sollte unbedingt weiter verfolgt werden. Ich bitte vor allem den Gemeinderat, den aus meiner Sicht sehr wichtigen Punkt zu beachten und in die politische Arbeit auf kantonaler Ebene einfließen lassen.

**Liz Fischli (Grüne):** Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein ganz zentrales gesellschaftliches Anliegen, da stimmen wir alle überein. Die heutigen Familien und die Wirtschaft leben davon, dass Eltern sowohl in der Familienarbeit als auch im Beruf tätig sein können. Das Wort auch ist wichtig, denn es bestehen immer mehr Möglichkeiten für Familien, die Arbeit ihren Bedürfnissen entsprechend aufzuteilen. Die Grünen Köniz begrüssen deshalb die Absicht des Gemeinderates, so rasch wie möglich unter Einbezug der neuen kantonalen Gegebenheiten ein Gesamtkonzept zu erarbeiten. Ebenso begrüssen wir es, dass die zentrale Schulkommission bereits beschlossen hat, ein Konzept für Ganztageschulen zu erarbeiten. Das revidierte und ohne Gegenstimme und Enthaltungen gutgeheissene bernische Volksschulgesetz zeigt, dass die Zeit auch dafür reif ist. Die Erfahrungen anderer Kantone wie z. B. dem Tessin oder anderer Länder mit qualitativ guter familienergänzender Kinderbetreuung und schulergänzenden Mass-



nahmen sollten unbedingt einbezogen werden. Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

**Rolf Zwahlen (EVP):** Auch die CVP/EVP-Fraktion unterstützt die Forderung nach einem Gesamtkonzept im Bereich der familienexternen Tagesbetreuung für Kinder. Die Betonung liegt auf dem Wort "Gesamtkonzept", das alle heute vorhandenen Angebote und jene, die neu gebildet werden müssen, einbezieht. Das Konzept muss erstellt und angepasst werden, weil es auf der Ebene Kanton wichtigen Änderungen unterworfen ist. Über die detaillierte Definition der Hauptziele und der Prioritäten muss noch einiges diskutiert werden. Vor allem muss entschieden werden, was finanzierbar ist. Es ist nicht nur wichtig, dass die familienexterne Kinderbetreuung für die Eltern aus allen sozialen Schichten finanzierbar ist, sondern es muss ebenso berücksichtigt werden, was für das Budget der öffentlichen Hand tragbar ist. Egal, ob in der Gemeinde oder im Kanton. Der Umstand, dass der Vorstosstext bereits Fragen aufwirft, zeigt, dass unbedingt rechtzeitig eine parlamentarische Kommission mit breiter Abstützung einzusetzen ist. Leider kann diese Aufgabe mit dem heute vorhandenen Reglement nicht durch die KSF übernommen werden. Die KSF wäre in dieses Thema bereits eingearbeitet und die Mitglieder sensibilisiert für das gesamte soziale Gefüge in der Gemeinde. Bereits heute möchte ich einbringen, dass die Tagespflege in Familien unbedingt beliebt gemacht und gefördert werden soll. Hier kann mit tiefen Kosten ein doppelter Nutzen erreicht werden. Diese Betreuungsform ist sehr wirtschaftlich. Dank dem finanziellen Zustupf in Form des Lohns als Tagesmutter können jene Frauen, die gerne und gut erziehen, zu Hause bei ihren eigenen Kindern bleiben. Gleichzeitig werden Betreuungsplätze angeboten und damit wird verhindert, dass die Warteliste noch länger wird. Die CVP/EVP-Fraktion wird das Postulat annehmen.

**Hans Moser (SVP):** Die SVP-Fraktion tut sich mit dem vorliegenden Postulat zum Teil schwer. Wir werden es gleichwohl annehmen. Wenn zu lesen ist: "Viel Organisationsaufwand, Glück und der Rückgriff auf Familienangehörige sind noch allzu oft an der Tagesordnung", ist das doch etwas speziell. Es ist keine Schande, wenn Grosseltern oder Verwandte und Bekannte bei der Kinderbetreuung helfen. Nebenbei entstehen so gute Beziehungen in der Verwandt- oder Bekanntschaft und es entstehen keine öffentlichen Kosten. Gemäss der heutigen Gesetzgebung ist die familienexterne Kinderbetreuung Sache des Kantons und infolge der Änderung des Volksschulgesetzes in der nächsten Zeit ist es für die Realisierung eines Gesamtkonzeptes für die Gemeinde Köniz noch zu früh. Der Gemeinderat hat nun zwei Jahre Zeit, etwas zu entwerfen. Die Zentrale Schulkommission erarbeitet ein Konzept für Ganztageschulen. Wir unterstützen das Votum von Daniel Oester in Bezug auf einen erhöhten Kinderabzug, denn nicht nur die Kosten für familienexterne Kinderbetreuung sollen vom Einkommen abgezogen werden können, sondern auch jene für familieninterne. Die SVP-Fraktion anerkennt die Probleme in der Kinderbetreuung und wird an der Erarbeitung von Lösungen mithelfen. Dies aber nicht auf Kosten der familieneigenen Kinderbetreuung, finanziell wie moralisch. Wir müssen zu unseren Kindern stehen, denn sie wurden nicht mittels Kreditkarte aus dem Automaten gezogen. Stehen wir dazu und lassen sie in einer gesunden Familie gross werden.

**Christian Roth (SP):** Hans Moser, auch wir SP-Mitglieder haben Kinder gern. Ich möchte das Postulat nicht explizit<sup>1</sup> als Absage an die traditionelle Kinderbetreuung verstanden wissen. Das Postulat soll auch<sup>2</sup> keine Abqualifizierung jeglicher Form von Kinderbetreuung sein. Es ist im Gegenteil eine Fokussierung des politischen Fernglases auf jene Art von Kinderbetreuung, bei welcher wir sehr wohl der Meinung sind, sie sei förderungswürdig. Wenn Kinder familienextern betreut werden und beide Elternteile die Möglichkeit von Erwerbsarbeit haben, kommen doch einige Steuerfranken für das Gemeinwesen zusammen. Ein Hinweis an Daniel Oester: Wir von der SP sind selbstverständlich für einen höheren Kinderabzug bei den Steuern. Ich empfehle deshalb, am 24. Februar 2008 für den Volksvorschlag zu stimmen, der gezielt Familien mit Kindern entlasten will.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zuerst danke ich für die gute Aufnahme der Antwort des Gemeinderates. Dass heute in der familienergänzenden Kinderbetreuung Lücken bestehen, ist unumstritten. Dass hier im Parlament unisono sämtliche Parteien hinter der familienergänzen-

<sup>1</sup> An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

<sup>2</sup> An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

den Kinderbetreuung stehen, ist ein schöner Umstand. Vor Jahren, als ich mit meiner Parlamentsarbeit begonnen habe, wurde sehr heftig darüber diskutiert, ob familienexterne Kinderbetreuung in Köniz überhaupt eingeführt werden soll. Wenn ich heute in Parteibüchern lese, finde ich in fast jedem, dass man sich hinter die familienergänzende Kinderbetreuung stellt. An die Adresse von Hans Moser: Es geht bei diesem Vorstoss nicht darum, die familienexterne gegen die familieninterne Kinderbetreuung auszuspielen. Unsere Antwort lautet auch nicht dahingehend. Die Fragen, die sich wahrscheinlich doch stellen und für Auseinandersetzungen sorgen sind jene, wie viel an Angeboten von familienexterner Kinderbetreuung notwendig ist, was für Angebote gebraucht werden und wer diese Angebote bezahlt. Schlussendlich: Welche Wirkung erzielen wir daraus? Die Gemeinde Köniz verfügt im Vergleich mit anderen Gemeinden bereits heute über ein gutes Angebot. Es geht nun darum, die guten Angebote aufeinander abzustimmen, damit bestehende Lücken geschlossen werden. In familienergänzende Kinderbetreuung zu investieren lohnt sich. Kinder haben alle Anrechte auf Betreuung, egal von wo und aus welcher Familie sie stammen. Nicht betreute Kinder haben weniger Chancen und können später Folgekosten auslösen, die weitaus höher sein können als eine frühzeitige Investition in die Betreuung. Auch müssen Familien darauf zählen können, dass die Angebote längerfristig in ihre Planung passen, wie Mark Stucki dies erwähnt hat. Heute müssen Familien in der Schulferienzeit die Kinderbetreuung selber organisieren, was mit grossem Aufwand verbunden ist.

Zum heutigen Zeitpunkt fehlen uns aber in der Verbundaufgabe zwischen Gemeinde und Kanton verschiedene kantonale Vorgaben. Wir haben aber bereits positive Meldungen erhalten. Mit dem Volksschulgesetz wurde das Angebot von Ganztageschulen ab 1. August 2008 in der 2. Lesung mit 128 : 0 Stimmen verabschiedet. Im Februar 2008 werden wir an einer Sitzung des Konsultationsgremiums Kanton/Gemeinde teilnehmen und mehr über die neue Volksschulverordnung erfahren und was dies für die Tagesschulverordnung bedeutet. Die Tagesschulen Liebfeld und Wabern werden bisher von der GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion) finanziert. Dies wird im Jahr 2009 an die ERZ (Erziehungsdirektion) überführt. Wir haben die Schulen bereits beauftragt, bis Ende 2008 ein Grobkonzept zu erstellen und die Einführung für weitere Tagesschulen einzureichen. Wir streben an, per 1. August 2009 im Spiegel und in Schliern weitere Tagesschulen einzuleiten. Wir lassen ebenfalls ein Konzept für eine Ganztageschule in Oberscherli ausarbeiten.

Zu Hans Moser: Er hat erwähnt, dass die Steuerung beim Kanton liegt. Das stimmt, soweit er finanziert. Die Gemeinden haben aber auch die Freiheit, selber Angebote zu erstellen, das bedeutet aber auch, dass sie diese selber bezahlen müssen.

---

### **Beschluss**

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: Zustimmung offensichtlich)

---

### **13. 0723 Motion (SP) "Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an Könizer Schulen"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Erstunterzeichnerin Elsbeth Troxler (SP):** Es ist erfreulich, dass das Anliegen des obligatorischen Schwimmunterrichts – 33 Parlamentsmitglieder haben unterzeichnet – auf so breite Akzeptanz gestossen ist. Auch der Gemeinderat ist dafür, und er skizziert in seiner Antwort bereits ein Modell. Dafür danke ich ihm. Allerdings hätte ich die Umsetzung gerne im nächsten, sicher aber im übernächsten Schuljahr gesehen. Ich verstehe jedoch, dass der Gemeinderat verschiedene Modelle prüfen will, und das benötigt Zeit.

Auch der Grosse Rat hat sich in der letzten Session mit diesem Thema beschäftigt. Zwei entsprechende Postulate wurden erheblich erklärt. Niemand bestreitet, dass es wichtig ist, schwimmen zu können. Aber gerade in den letzten Monaten sind Fragen aufgetaucht zur Haftung bei Unfällen, zur Ausbildung der Lehrkräfte, zum Angebot von Lehrschwimmbecken und zu anderem auf. Es stellen sich noch weitere Fragen: Was passiert mit den Kindern, die nach dem obligatorischen Unterricht immer noch nicht schwimmen können? Was passiert mit jenen, die diesen Sport bereits beherrschen? Man kann sich fragen, ob früher als in der dritten Klasse mit dem Schwimmunterricht begonnen werden soll. Fachleute sind dieser Meinung. Diese und wei-

tere Fragen sind auch in Köniz noch zu regeln. Wir müssen aber sicher nicht warten, bis der Kanton ein Obligatorium einführt.

Der Nutzen des obligatorischen Schwimmunterrichts wäre hoch, steht in der Antwort des Gemeinderates. Der wichtigste ist sicher die Verminderung der Ertrinkungsgefahr. Zu den bereits genannten Argumenten kommt das Problem des Bewegungsmangels hinzu, das mit der Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts kleiner werden könnte.

Die SP-Fraktion erklärt sich mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden und bittet das Parlament um Annahme.

**Peter Antenen (FDP):** Für die FDP/jfk-Fraktion ist klar, dass schwimmen als menschliche Fähigkeit und insbesondere als Sport seine volle Berechtigung hat. Dass immer mehr Kinder nicht schwimmen können, bzw. dass immer mehr Badeunfälle passieren, ist unschön und muss uns zum Handeln auffordern. Wir von der FDP/jfk-Fraktion begrüßen die Absicht bzw. den Willen des Gemeinderates, das Thema anzugehen und die nötigen Schritte einzuleiten. Wie der Schwimmunterricht in Köniz zu organisieren ist, kann infolge noch offener Fragen von Kantonsseite her noch nicht definitiv festgehalten werden. Für uns ist der Antrag des Gemeinderates, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, nachvollziehbar. Über die Umsetzung kann nicht allein der Gemeinderat entscheiden, hier muss auf die Schulen bzw. die Lehrerschaft Rücksicht genommen werden.

**Liz Fischli (Grüne):** Ich hatte das Glück, an einem See aufzuwachsen. Das Ziel unserer Eltern war, dass wir Kinder so schnell und so gut als möglich schwimmen lernen. Gemäss Familienchronik konnte ich mit drei Jahren schwimmen. Darüber hinaus habe ich für das ganze Leben vom Schwimmen im Wasser profitiert. Von der Leichtigkeit und Vielfalt, wie man sich im Wasser bewegen kann, vom Vertrauen in die spielerisch erlernten Fähigkeiten und von den guten Sportnoten, die ich jeweils im Sommer erhielt. Das kann auch für andere Kinder ein Erfolgserlebnis sein. Wir Grünen beglückwünschen deshalb den Gemeinderat, dass er sein Ziel hoch steckt und will, dass alle Könizer Schülerinnen und Schüler schwimmen lernen. Es ist absolut wünschenswert, dass Eltern und Kinder das Wasser nicht als Bedrohung, sondern als bereichernde Lebensumwelt entdecken und erleben können. Auch das soll in unserer Gemeinde zur Lebensqualität gehören. Gerade in unseren Breitengraden mit den vielfältigen Gewässern und in unserer Gemeinde mit dem Aare-Anstoss. Dank den zahlreichen Frei- und Hallenbädern in Köniz und der näheren Umgebung ist dieses Ziel erreichbar. Das Schwimmen früher als in der dritten Klasse zu erlernen, wäre sicher wünschenswert. Wir stimmen der Annahme als Postulat zu.

**Markus Bont (EVP):** Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt die Meinung der Motionäre, dass in Köniz jedes Schulkind das Schwimmen erlernen soll. Nichtschwimmer leben gefährlicher als Schwimmer. Die Zunahme der Badeunfälle ist Besorgnis erregend. Jeder Unfall und jedes Kind, das an den Folgen stirbt, ist eines zu viel. Der Lehrplan, der sich in kantonalen Hoheitsgewässern befindet und in die Zuständigkeit des kantonalen Erziehungsdirektors gehört, sagt sogar, dass Schwimmen eine wichtige Kulturkompetenz sei. So sind gemäss Lehrplan für den deutsch sprechenden Kantonsteil ab dem dritten Schuljahr "sporttechnische Fertigkeiten im Wasser als Grobziele" verbindlich aufgeführt. Die Lehrpersonen haben aber grossen Freiraum in der Umsetzung des Lehrplans. Schwimmunterricht bedingt immer qualifiziertes Fachpersonal und heute ist es so, dass etliche Lehrpersonen kein Brevet für die Erteilung von Schwimmunterricht mehr haben. Für die Schulkinder und die Lehrpersonen ist das ein Risiko. Verfügen die Lehrpersonen über keine Ausbildung, sollen sie keinen Schwimmunterricht geben. Wir appellieren unter anderem auch an die Verantwortung der Eltern. Laufend sind Schwimmkurse ausgeschrieben. Es kann nicht sein, dass alles an die Schulen delegiert wird. Letztendlich sind die Eltern dafür verantwortlich, dass ihre Kinder schwimmen lernen. In Köniz wird im Rahmen des freiwilligen Schulsports Schwimmunterricht angeboten. Ungefähr ein Drittel der Kinder benutzen dieses Angebot. Wir unterstützen die Annahme als Postulat.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich danke für die gute Aufnahme des Antwort des Gemeinderates. Ich antworte hier auf eine Frage, die sich in der Diskussion nicht stellte: Die Kompetenz für die Erteilung von zusätzlichem nicht obligatorischem Unterricht liegt gemäss Art. 10 lit. a in der Kompetenz des Gemeinderates.

Nach der Überweisung des Vorstosses im Grossen Rat sucht die Erziehungsdirektion nun nach Lösungen, was aber nicht ganz einfach sein wird. Die Gemeinde Köniz ist in dem Sinn privilegiert, dass wir über ein attraktives, wunderschönes, gut erreichbares Freibad verfügen. Aus diesem Grund sind wir – wenn der Schwimmunterricht ins Sommersemester verlegt werden kann – nicht unbedingt auf ein Hallenbad angewiesen. Damit erhalten die Schulkinder die Möglichkeit, das Schwimmen zu erlernen, was ich als ganz wichtig betrachte. Dass je länger je mehr Personen nicht mehr schwimmen können, ist Besorgnis erregend. Ich unterstütze das von Elisabeth Troxler Erwähnte in Bezug auf Bewegungsmangel. Dieses Problem kann aber allein durch die Einführung von Schwimmunterricht nicht gelöst werden.

---

#### **Beschluss**

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: Zustimmung offensichtlich)

---

#### **14. 0726 Interpellation (jfk) "Politische Bildung an Könizer Schulen"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Erstunterzeichner Bernhard Bichsel (jfk):** Den Jungfreisinnigen Köniz stellen sich, trotz der Antwort des Gemeinderates immer noch zwei zentrale Fragen. Frage 1: Wer stellt die Einhaltung des Lehrplans sicher? Frage 2: In welcher Form kann die Gemeinde unterstützend wirken? Mir ist bewusst, dass ich hier auf diese beiden Fragen keine Antwort erhalte, aber der Gemeinderat ist dem Parlament die Antworten noch schuldig. Wir haben keine weiteren Anmerkungen zur Interpellation selber, behalten uns aber vor, allfällig weitere Vorstösse zu lancieren. Wir bitten den Gemeinderat – gerade weil die Interpellation von 33 Parlamentsmitgliedern unterzeichnet wurde – uns weiterhin auf dem Laufenden zu halten.

Der Erstunterzeichner erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

#### **15. 0728 Interpellation (SP) "Sozialinspektoren"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Erstunterzeichner Alfred Arm (SP):** Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort zu diesem heiklen Thema. Vor allem von zwei Aussagen des Gemeinderates kann ich befriedigt Kenntnis nehmen: Zu Frage 6 wird festgehalten, dass nicht vorgesehen ist, Projekte zur Integration zu sistieren. Zu Frage 5 hält der Gemeinderat fest, dass Sozialhilfe Empfangende nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Es ist in meinen Augen tatsächlich ein Pilotprojekt wert, herauszufinden, ob so genannte Sozialhilfeinspektoren die Arbeit der Sozialarbeitenden erleichtern können. Dass bestimmte Kontrollen durch andere Personen als die Sozialarbeitenden durchgeführt werden, scheint vor allem deshalb notwendig zu sein, damit das Vertrauensverhältnis zwischen Sozialarbeitendem und Sozialhilfe Empfangenden nicht gestört wird. In letzter Zeit ist es leider Mode geworden, immer mehr mit Druck auf Sozialhilfebezüger einzuwirken. Ich zweifle daran, dass Integration unter Druck nachhaltig sein kann. Eine Randbemerkung: Es ist momentan in der Politik Trend, vor allem von Kontrolllücken im Sozialbereich zu sprechen. Ich hätte jedoch lieber etwas über Lücken im Steuersystem auf Kantons- und Bundesebene gehört. In diesem Bereich sollen Kontrollen ebenso energisch durchgeführt werden.

Ich vermisse in der Antwort des Gemeinderates die spezifischen Gründe, weshalb gerade die Gemeinde Köniz an diesem Pilotprojekt teilnehmen soll. Die in der Gemeinde Köniz gefundenen Lücken sind mehr oder weniger in anderen Gemeinden auch vorhanden. Zum Teil sind die Antworten des Gemeinderates etwas dürftig ausgefallen. Möglicherweise ist dies aber auf noch mangelnde Fakten zurückzuführen. Deshalb muss man sich bemühen, grosse Lücken in den Kontrollen zu schliessen. Das Sozialhilfesystem soll nicht zu Missbrauch einladen und auch nicht durch "BMW-Fahrer" diskreditiert werden.

Der Erstunterzeichner erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

## 16. Verschiedenes

### Neu eingereichte Vorstösse:

0801 Postulat (SP) "Liebe BernMobil, 'Vidmarhallen' steht für Kultur!"

0802 Postulat (SP/SVP) "Veranstaltungen in Anlagen der Gemeinde zur Freude aller - auch der Anwohnerinnen und Anwohner"

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Drei Mitteilungen. Erstens hat das Parlament am 20. Oktober 2003 der Abgabe eines Grundstücks neben dem alten Dorfschulhaus im Baurecht zugestimmt. Der Baurechtszins wurde mit 40 Franken pro Quadratmeter Bruttogeschossfläche (BGF) angegeben. Das Parlament wurde damals darüber in Kenntnis gesetzt, dass gemäss dem damaligen Planungsstand 800 Quadratmeter BGF gebaut werden können. Inzwischen ist dieses Projekt definitiv ausgearbeitet und eine Baubewilligung liegt vor. Aus Rücksicht auf die Anwohnenden und das nahe Schlossareal sowie auf die Hinweise der Planungs- und Baukommission wurde das Projekt auf 575 Quadratmeter BGF reduziert. Es wird weiterhin zu den gleichen Konditionen abgegeben wie beschlossen. Das Projekt wurde in dem Sinn optimiert anstatt auf das maximal Mögliche ausgerichtet. Dabei wurde auch berücksichtigt, dass die Spitex auf der Parzelle neben dem Dorfschulhaus Parkierungsfläche benötigt. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass der Vertrag nun abschlussreif ist, auch wenn nicht 800 Quadratmeter BGF erreicht werden. Die GPK wurde entsprechend informiert und ich wurde gebeten, Sie heute zu orientieren.

Zweitens informierte ich Sie in Bezug auf die Agglomerationsstrategie an der Parlamentssitzung vom 10. Dezember 2007 mündlich über den Stand der Arbeiten am Projekt "Bern plus". Inzwischen ist klar, dass die Urabstimmung über die Bildung der Regionalkonferenz in der Region Bern nicht im November 2008, sondern frühestens im Frühjahr 2009 stattfinden wird. Zudem stellte ich Ihnen einen weiteren Bericht des Gemeinderates zu diesem Thema in Aussicht. Der Bericht wird Ihnen an der Sitzung vom 5. Mai 2008 vorgelegt.

Drittens stellte Stephanie Staub an der Parlamentssitzung vom 10. Dezember 2007 einige Fragen in Bezug auf City-WLAN in Köniz. Der Versuch mit der Swisscom für City-WLAN im Zentrum von Köniz begann operativ am 1. Mai 2007 und dauert ein Jahr. Wie es weitergehen soll, ist zurzeit noch offen. Wir sind vertraglich zu nichts verpflichtet. Eine Stellungnahme von Swisscom über die Weiterführung des Versuchs liegt noch nicht vor. Das City-WLAN wird offensichtlich genutzt, wenn auch nicht von der Gemeindeverwaltung. Bezüglich Gesundheitsprobleme haben wir Kenntnis von einem Einwohner der Gemeinde Köniz, der sich über Beschwerden beklagt. Allerdings ist nicht ganz klar, woher die Beschwerden kommen, ob infolge des City-WLAN-Versuches der Swisscom oder von privaten WLAN, die in Köniz bereits zu Hunderten bestehen. Zu diesem Versuch liegt kein Zwischenbericht vor. Wir werden mit der Swisscom über dessen Weiterführung verhandeln, im Gemeinderat darüber debattieren und entscheiden. Parlament und Öffentlichkeit werden entsprechend informiert.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich schulde Christian Roth eine Antwort auf eine Frage, die er an der Sitzung vom 10. Dezember 2007 stellte. Er fragte an, ob der Kreisel an der Turnierstrasse "velosicherer" gestaltet werden könne. Die Turnierstrasse ist Kantonsstrasse und Autobahnzubringer und für deren Unterhalt und Ausbau ist der Kanton zuständig. Die Turnierstrasse ist nur 7 Meter breit und das Trottoir 2 Meter, d. h. das Aufmalen eines Velostreifens ist nicht möglich. Ebenfalls ist das Trottoir mit 2 Metern zu wenig breit, um Velo- und Fussgängerverkehr aufzunehmen. Ohne bauliche Anpassungen kann auf der Turnierstrasse keine Verbesserung erzielt werden. Der Direktion Planung und Verkehr sind keine Unfälle mit Zweirad Fahrenden beim Kreisel Waldegg/Turnierstrasse bekannt. Eine Verbesserung der Situation kann nur vom Kanton aus erfolgen und dessen Prioritäten liegen andernorts.

**Peter Antenen (FDP):** Der gestrigen Sonntagspresse konnte entnommen werden, dass die Eidgenossenschaft eine noch nicht veröffentlichte Studie betreffend Integrationsindex von Gemeinden mit über 5'000 Einwohnenden in der Schweiz vorgenommen hat. Die Gemeinde Köniz ist erwähnt und schneidet mit dem Verdikt "mangelhaft" ab. Da "mangelhaft" jedoch die beste Stufe war, die erreicht wurde, ist die Situation nicht dramatisch. Die Bewertung ging von "schlecht", "kritisch" bis hin zu "gravierend". Untersucht wurden die Nutzung von Altbauten, die soziale Durchmischung in Wohnblöcken oder Gebieten, usw. Es wäre interessant, wenn diese

Unterlagen im Rahmen eines Versandes den Parlamentsmitgliedern zugänglich gemacht werden könnten.

**Ursula Wyss (Grüne):** Erlauben Sie mir eine persönliche Erklärung zum Traktandum 11, der Motion (Grüne/jfk) "Reduktion des Energiebedarfs in der Gemeinde um 20 % bis 2022". Ich bin aus grundsätzlichen Überlegungen heraus enttäuscht von Parlament und Gemeinderat. Ich bin vom Gemeinderat über die nicht befriedigende Antwort auf den Vorstoss enttäuscht. Die beiden Gemeinderätinnen Rita Haudenschild und Judith Ackermann haben in ihren Voten Dinge erwähnt, die in der gemeinderätlichen Antwort nicht enthalten sind. Geschah dies aus Zeitmangel? Ich bin aber auch vom Parlament enttäuscht. Das Parlament beschneidet sich ständig seiner Rechte. Wir monieren hier stets und zu Recht, dass Motionen in Postulate umgewandelt werden. Heute wurden nur Postulate behandelt und das hat in meinen Augen System. Immerhin wurde der Vorstoss von 20 Parlamentsmitgliedern unterzeichnet. Zur abgelehnten Abstimmung unter Namensaufruf: Man will offensichtlich nicht öffentlich zu seiner eigenen Meinung stehen und das ist für mich die grösste Enttäuschung. Zum Schluss wird uns Grünen vorgeworfen wir seien stur und hielten an Motionen fest. Wir sind gewählte Parlamentsmitglieder und verfügen über das Recht, Motionen zu überweisen und Vorstösse einzureichen. Nun sollen wir Grünen daran schuld sein, dass das Anliegen nicht überwiesen wurde und der Gemeinderat hier weiterhin freie Hand hat.

**Urs Maibach (Grüne):** Ich komme fast jedes Jahr auf ein Thema zurück, meistens anlässlich der Juni-Sitzung, wenn der Verwaltungsbericht vorliegt. Am 6. Februar 2008 konnte ich dem "Anzeiger rund um Bern" auf 3 Seiten die veröffentlichten Geschwindigkeitskontrollen des Jahres 2007 entnehmen. Die Art der Veröffentlichung ist in meinen Augen etwas heikel. Wenn nur ein Fahrzeug kontrolliert wurde, das prompt die erlaubte Höchstgeschwindigkeit übertrat, steht dort 100 Prozent. Die ganze Darstellung sollte in den Medien etwas übersichtlicher gestaltet sein.

**Claudia Egli-Steiner (SP):** Meine Frage: Ist den Parlamentsmitgliedern das Kompetenzzentrum Arbeit KA Glasdesign an der Bläuackerstrasse 1 in Köniz bekannt? Es handelt sich um ein Programm für Arbeitslose der Stadt Bern, wo das Herstellen von Glaswaren erlernt wird. Die Glaswaren können käuflich erworben werden. Ich gebe Prospekte ab, damit das noch unbekanntes Projekt in der Gemeinde Köniz bekannt gemacht wird.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Das Parlamentsbüro ist zurzeit gänzlich in Männerhand. Gemäss der Gemeindeordnung müssen im Parlamentsbüro Männer und Frauen nicht angemessen vertreten sein, sondern dies ist nur bei Kommissionen und der GPK vorgeschrieben. Ich mache einen Aufruf an uns alle, dass wir dafür besorgt sind, damit im nächsten Jahr wieder eine Frau im Parlamentsbüro Einsitz nehmen kann.

**Valentin Lagger (CVP):** Ich bin in Bezug auf den von Ursula Wyss erwähnten Vorstoss 0716 "Reduktion des Energiebedarfs der Gemeinde um 20 % bis 2022" weder enttäuscht über die Antwort des Gemeinderates noch über das Parlament und grundsätzlich nicht von den Grünen, da diese die gute Idee hatten. Ich bin jedoch schwer enttäuscht für die Umwelt. Enttäuscht weil sie nun leiden muss, nur weil man sich öffentlichkeitswirksam in eine Polemik begab. Ich bin nicht immer Freund von Umwandlungen von Vorstössen, manchmal ist es jedoch notwendig. Das ist glücklicherweise in Traktandum 13, 0723 Motion (SP) "Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an Könizer Schulen" eingesehen worden.

**Parlamentspräsident Martin Graber (SP):** Zu Beginn der Sitzung habe ich erklärt, das Parlament sei dafür verantwortlich, zügig, peppig und frisch voranzugehen. Bis zu Traktandum 15 ging das gut. Wir müssen dafür besorgt sein, dass das Traktandum "Verschiedenes" nicht ausufert. Ich danke für die gute Mitarbeit. Die nächste Sitzung findet am 10. März 2008 um 19.00 Uhr statt.

Im Namen des Parlaments

Martin Graber  
Parlamentspräsident

Markus Heinzer  
Parlamentssekretär